

# Arbeiter-Zeitung

Dienstag, den 12. Juli 1932.  
14. Jahrgang Nr. 181

**Gegen die Reichen!  
Für die Armen!  
Wählt Kommunisten!  
Liste**

**für Schlefien**

**Organ der KPD, Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)**

**Hauptredaktion:** Breslau 10, Kreuzberger Straße 50, Fernsprecher 400 89, Postfachkonto: Breslau Nr. 844. — **Redaktion:** Breslau 10, Kreuzberger Straße 50 (Vorbau). Fernsprecher 489 02. **Sprechzeit der Redaktion:** Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — **Verlagsort:** Breslau. — **Verlag:** Schlefische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Kreuzberger Straße 50, Fernsprecher 460 88.

## SA erwürgt Arbeiter!

**Grauenhafter Mord in Gnadenfrei — Faschistischer Blutsonntag fordert mehrere Tote und annähernd 100 Verletzte — Sozialdemokratische Arbeiter und Reichsbannerkameraden kämpfen in der Front der Antifaschistischen Aktion — Nun erst recht: Kein Betrieb, keine Stempelstelle, kein Häuserblock ohne roten Massenseibstschutz! — Betriebsbelegschaften, macht mobil zum Streit gegen SA-Terror und faschistische Hungerdiktatur!**

Langenbielau, 11. Juli. Die SA-Banden haben am Sonntag die Ortschaften Gnadenfrei und Langenbielau unter den härtesten Mordterror gesetzt. So hatten die Nazis in Gnadenfrei zu einer Kundgebung aufgerufen. Ungefähr 500 Mann zogen mit ihren Mordbrohungen durch die Straßen des Ortes und provozierten die Arbeiterschaft. Die Arbeiter haben eine Gegendemonstration gegen diese Mordbanden durchgeführt. Schulter an Schulter marschierten hier Reichsbannerkameraden, sozialdemokratische und kommunistische Klassengenossen im Zeichen der Antifaschistischen Aktion. Bei all den Demonstranten war der einzige Wille vorhanden, diesem faschistischen Mordgesindel das Handwerk zu legen.

Als die Massen, die sich geteilt hatten und auf dem Nachhausewege begriffen waren, hielten die nationalsozialistischen Mordhunden den Zeitpunkt für gekommen, ihren Mordrausch zu stillen. Zu Hunderten kamen sie aus den Häusern und Gassen der Stadt auf die Straße gestürzt und fielen über alles her, was ihnen in den Weg kam. Unbeschreibliche Szenen spielten sich ab. Zehn bis zwölf Mann fielen über einen Arbeiter her. Mit Dolchen, Schlagringen, Knüppeln wurden Arbeiter niedergeschlagen und mit Füßen getreten. Diese Meute brüllte im Chor:

**„Schlagt die Hunde tot!“**

Die Meldung von dem Ueberfall wurde recht schnell in diesem kleinen Ort bekannt, und die Arbeiter strömten zum Schutze ihrer hartbedrängten Klassengenossen zusammen. Die Polizei schlug sich wie immer auf Seiten der Nazis und ging gegen die Arbeiterschaft vor. Der Genosse Fritz Hentschel, 36 Jahre alt, verheiratet, einer der aktivsten Funktionäre der Gnadenfreier Ortsgruppe der KPD, war der braunen Mordbest immer schon ein Dorn im Auge. So hatten es die Strolche auf ihn abgesehen; er mußte geflücht werden. Genosse Hentschel wurde in der Wohnung des SA-Mannes Christian Kaufmann tot aufgefunden.

**Festgestellt wurde, daß Genosse Hentschel von diesen entmenschten Bestien in ein Haus geschleppt und erwürgt worden ist.**

Diese feige Mordtat ist in der Wohnung des Fleischermeisters Otto Artt geschehen. Dieser äußerte sich, als die Mordkolonne von neuem dort eintraf: „Bringt Ihr noch mehr solche Lumpen!“

Die aus Gnadenfrei zurückkehrenden Langenbielauer SA-Leute haben die in den Straßen stehenden Arbeiter derart provoziert, daß die Arbeiter gezwungen waren, gegen dieses Gesindel vorzugehen. Die Nazis zogen ihre Pistolen und schossen auf die Arbeiter. Ein Reichsbannermann erhielt einen schweren Wundschuß, ein anderer Arbeiter einen Halschuß.

Dhlau, 11. Juli. Die blutige Straßenschlacht in Dhlau hat 4 Tote, 36 Verletzte, darunter 16 schwer, gefordert. Unter den Toten befinden sich zwei Nationalsozialisten.

Berlin, 12. Juli. (Fig. Trahtbericht.) Nach einer Berechnung des „Vorwärts“ sind als Opfer des nationalsozialistischen Mordterrors allein am 10. Juli 17 Tote und 191 Verwundete zu verzeichnen. Der „Vorwärts“ bringt es aber in seiner heutigen Morgenausgabe fertig, weiterhin Artikel gegen die Herkennung der roten Einheitsfront zu veröffentlichen. Er fordert die SPD-Arbeiter auf, nicht zusammen-

mit den Kommunisten gegen den Faschismus zu kämpfen. In einer Situation, wo von den SA-Banden sogar mehrere Gewerkschaftshäuser gestürmt worden sind, rufen wir aber allen kampfbereiten SPD-Arbeitern zu:

**Hört den Ruf des Genossen Thälmann; reißt euch ein in die kämpfende Front der Antifaschistischen Aktion!**

Die SA- und SS-Banden haben am Sonntag in mehreren Orten Schlesiens den Bürgerkrieg gegen die Arbeiterschaft entfesselt. Die Ueberfälle in Dhlau, Brieg, Gnadenfrei, Langenbielau, Hindenburg usw. waren planmäßig vorbereitet. Die Blitze von Wobbeles und dem Fememörder Heines hat am Sonntag mehreren Arbeitern das Leben gekostet und annähernd 100 Arbeiter sind verletzt worden. Die Polizei und die Reichswehr in Dhlau haben die SA in ihrem Treiben gegen die Arbeiterschaft unterstützt. Die „Schlefische Zeitung“, das Organ der schlefischen Großagrarier, gibt dies in ihrem Bericht unumwunden an.

Der feige Mord an dem kommunistischen Funktionär Hentschel in Gnadenfrei wird von der faschistischen Presse in einen Selbstmord umgewandelt. Diese Presseleute, die tagtäglich die revolutionäre Arbeiterschaft belächeln und die Faschisten zum Mordterror aufwählet, greift zu berartig infamen Lügen. Die wachsende Empörung und der von Tag zu Tag steigende Kampfeswille der Arbeiterschaft im Betrieb und auf der Stempelstelle, in Stadt und Land gegen die Papen-Regierung zwingt die herrschende Klasse, ihre Terrorbanden viel stärker wie bisher gegen die Arbeiterschaft loszulassen. Die Hungerangriffe auf die Lebenseristenz der werktätigen Schichten sollen mit dem faschistischen Terror erleichtert und der Widerstand der Arbeiter gebrochen werden.

Die sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeiter haben am vergangenen Sonntag in all den Orten, wo die Faschisten die Ueberfälle durchführten, mit den kommunistischen Arbeitern in der Front der Antifaschistischen Aktion heldenmütig gekämpft. Sie haben der gesamten deutschen Arbeiterklasse ein leuchtendes Beispiel der

kämpfenden Einheitsfront im Kampf gegen Mordterror und faschistische Hungerdiktatur gegeben.

Die Antifaschistische Aktion erfasst immer breitere Schichten der Arbeiterschaft und nicht zuletzt die sozialdemokratischen Klassengenossen, die erkennen, daß man in der Eisernen Front den Faschismus nicht niederringen kann. Deshalb muß der faschistische Blutsonntag in Schlefien das Sturmsignal für alle Arbeiter, auch für die christlichen Klassengenossen sein, sich in der Front der Antifaschistischen Aktion, sich im roten Massenseibstschutz einzureihen.

**Kein Betrieb, keine Stempelstelle, kein Häuserblock ohne roten Massenseibstschutz!**

Die Betriebe müssen sofort in Betriebsversammlungen ernsthafte Kampfmaßnahmen beschließen. Der politische Massenstreik darf in dieser Situation nicht mehr eine Agitationslösung sein, sondern muß zur Tat werden. Er ist eine scharfe Waffe im Kampfe nicht nur gegen die SA-Banden, sondern auch gegen die Papen-Regierung, die diese legalisiert hat und mit neuen Hungernotverordnungen das verfaulende kapitalistische System aufrechterhalten will.

Die oberste Arbeiterschaft rüftet zur Thälmann-Kundgebung am Sonntag, dem 17. Juli, in Hindenburg. Der Führer der kommunistischen Partei wird an der deutsch-polnischen Grenze zu den Werkstätten des Reichs und jenseits der Grenze brechen und ihnen den revolutionären Aufweg aufzeigen aus der Verfallener Elaverei, den Weg der nationalen und sozialen Befreiung, wie sie das nationale und soziale Verteidigungsprogramm des SA der KPD aufzeigt. Die Thälmann-Kundgebung an der deutsch-polnischen Grenze hat eine große politische Bedeutung in der Antifaschistischen Aktion im Kampfe gegen die imperialistischen Kriegshetze, für die Verteidigung der Sowjetunion. Deshalb muß diese Kundgebung zu einem Aufmarsch der jubelnden ober- und schlefischer und schlefischer Werktätigen in Stadt und Land werden.

**Heraus zur Thälmann-Kundgebung am kommenden Sonntag in Hindenburg!**

## Sportverein „Deutsche Eiche“ und Reichsbannergruppe Kreuzburg beschließen Teilnahme an der Thälmann-Kundgebung

Kreuzburg. Die Mitteilung der kommunistischen Partei, daß der Führer der KPD, Genosse Ernst Thälmann, am 17. Juli in Hindenburg spricht, hat unter der Arbeiterschaft und werktätigen Bevölkerung Begeisterung ausgelöst.

In einer am 1. Juli in Kreuzburg von der KPD stattgefundenen Kundgebung gab der Sportverein „Deutsche Eiche“ und die Reichsbannergruppe die Erklärung ab, daß sie beschließen, sich an der Thälmann-Kundgebung zu beteiligen.

Diese Erklärung löste in der Massenversammlung große Begeisterung aus. Selbst in den entferntesten Winkeln Oberschlesiens rufen die Arbeiter und Werktätigen zum antifaschistischen Massenaufmarsch zur Thälmann-Kundgebung.

**Betriebsbelegschaften, Stempelstellen in Stadt und Land!**

Heraus zum antifaschistischen Massenaufmarsch! Zeigt der faschistischen Papen-Notverordnungsregierung und dem blutigen Hitlerfaschismus, daß ihr bereit seid, die Millionenfront des Kampfes gegen Hunger, Faschismus und imperialistischen Krieg aufzurichten!

**Macht Sturm in Stadt und Land! Am 17. Juli alles zu Fuß, per Rad, Auto und Eisenbahn zur Thälmann-Kundgebung nach Hindenburg!**

## Kundgebung der Antifaschistischen Aktion in Breslau

am Freitag, dem 15. Juli, im Zirkus Busch. Das Mitglied des Zentralkomitees der KPD.

## Genosse Wilhelm Pieck spricht!

Das rote Breslau marschiert zu diesem Riesenaufmarsch der Antifaschistischen Aktion, für Liste 3, auf! Bereitet diese Kundgebung als einen gewaltigen antifaschistischen Einheitsaufmarsch des roten Breslaus vor!



# Lausanne einem Abkommen mit Amerika untergeordnet

## Auffehererregende Erklärungen Herriots

Der französische Ministerpräsident Herriot machte bei seiner Rückkehr nach Paris den Pressevertretern gegenüber die folgende Aufsehererregende Erklärung:

„Sie kennen noch nicht alle Einzelheiten der Verhandlungen, alles ist einem Abkommen mit Amerika untergeordnet. Wenn die amerikanische Regierung das Lausanner Abkommen für gut befindet und wenn über die Schuldenfrage ein befriedigendes Abkommen getroffen werden kann, so wird die in Lausanne getroffene Reparationsregelung ratifiziert werden. Andernfalls erlangt jeder seine Handlungsfreiheit wieder.“

Nach diesen Meinungen Herriots, an deren Wichtigkeit kein Zweifel besteht, hängt das Lausanner Ergebnis, soweit es finanzielle Fragen betrifft, in der Luft. Die geänderte finanzielle Regelung ist völlig abhängig davon, ob Amerika mit Frankreich ein Abkommen trifft, das für Frankreich befriedigend ist. Frankreich hat es mithin

in der Hand, die finanziellen Bestimmungen des Lausanner Vertrages nach Belieben in Kraft treten zu lassen oder nicht.

Was aber nicht in der Schwere ist, sondern durch Lausanne erneut unterstrichen wurde, das ist die Zustimmung Papens zu Reparationszahlungen, die Zustimmung zur Aufrechterhaltung des Versailler Vertrages.

Verfallenes bleibt, die Reparationszahlungen bleiben, der französische Imperialismus hat alle Trümpfe in der Hand — das ist das Resultat von Lausanne. Verantwortlich dafür ist die Papen-Regierung, ist ihr Bundesgenosse Hitler und nicht zuletzt ebenso die SPD, die Lausanne begrüßt.

Die soziale und nationale Befreiung durchzuführen, wird das Werk der Arbeiterklasse und ihrer Vorhut, der kommunistischen Partei sein.

## Weitere Naziüberfälle in Schlesien

Santh, 11. Juli. Am Sonntag, gegen 18 Uhr, veranstaltete die Eisenfront zum Protest gegen den Feuerüberfall, den die Nazis am vorigen Sonntag bei Radtschitz auf Breslauer G.N.-Genossen verübten, einen Umzug, an dem mehrere hundert Reichsbannerleute und sozialdemokratische Mitglieder, meistens auf Mäthern, aus dem Landkreis Breslau teilnahmen. Als der Demonstrationzug in die engen Gassen der Stadt einmarschierte, fielen plötzlich Schüsse. Die Nazis eröffneten mit Revolvern ein regelrechtes Schnellfeuer aus Fenstern und Türen. Drei Reichsbannerleute aus Klettenberg, die an der Spitze des Zuges sahen, sanken getroffen vom Mäde, eine siebzehnjährige Frau, die ahnungslos des Weges kam, brach mit einem Armschuss zusammen. Da die Nazis das Feuer nicht einstellten, setzten sich die Arbeiter zur Wehr und drangen, da ein Ausweg vor- oder rückwärts nicht möglich, in die Häuser ein, in denen sich die Nazis versteckt hatten. Es kam zu einer regelrechten Straßenschlacht, in deren Verlauf es auf beiden Seiten erhebliche Verletzte gab. Auf Seiten der Arbeiterklasse wurden sieben Klassenossen verletzt, darunter drei schwer. An der Säuberung der Häuser, aus denen geschossen worden war, beteiligte sich bemerkenswerter Weise auch zahlreiche sogenannte Bürger, die über das mörderische Treiben der Nazis sehr empört waren.

Börsenberg, 11. Juli. Während eines Propagandamarsches der Eisenfront, bei dem rote Fahnen und Transparente mitgeführt wurden, kam es zu schweren Zusammenstößen mit Nationalsozialisten, die die Transparente den Arbeitern entreißen wollten. Dabei gab es auf beiden Seiten zahlreiche Verletzte. Auch der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Haude-Görlich wurde überfallen und verletzt.

# 54 1/2 Jahre Zuchthaus! 13 1/4 Jahre Festung!

Ungeheuerliches Urteil im Leipziger Sprengstoffprozess — Urteilsbegründung des Reichsgerichts soll Grundlage zum Parteiverbot liefern — SPD. durchkreuzt Amnestie!

Leipzig, 10. Juli. Am Sonnabend wurde das Urteil in dem großen Sprengstoffprozess verkündet. Es ist ein schändliches Urteil von einer Schärfe, wie es bisher noch niemals in Deutschland ausgesprochen wurde. Das Urteil lautet:

Berthmann 7 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrenrechtsverlust; Michaelis, Halow, Börner je 6 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrenrechtsverlust; Ueberbrück 8 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrenrechtsverlust; Fink, Goffmann, Rabenmüller, je 4 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust; Blumenfeld 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust; Arnold, Ernst Winkler, je 2 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust; Dorn und Horn, je 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust; König 3 Jahre Festung; Meißner 1 Jahr 9 Monate Festung; Brandt, Schade und Pöpel, je 1 Jahr 6 Monate Festung; Döpping, Albin Winkler, je 1 Jahr 3 Monate Festung; Schuhmann 1 Jahr Festung und Zimm 6 Monate Gefängnis. Die Angeklagten Gloth und Volkman wurden freigesprochen.

Preußen ist eine Hilfe für die Reichsjustiz, die ebenfalls eine Amnestie für proletarische politische Gefangene ablehnt. Verstärkt darum den Kampf für die Volkamnestie! Schließt die Reihen der Antifaschistischen Aktion auch zum Kampf für die Freilassung der proletarisch-politischen Gefangenen!

## Stillegung der Donnersmarchhütten-Koterei

170 Arbeiter fliegen aufs Straßenpflaster — Teilt Donnersmarchhütte das Schicksal der Borfighütte?

Hindenburg. Die Koterei der Donnersmarchhütte wird stillgelegt, und 170 Arbeiter kommen sofort zur Entlassung.

Die Stillegung der Koterei muß sich auch auf die anderen Betriebsabteilungen auswirken, so daß demnächst weitere Massenentlassungen folgen werden.

Wie wir in Erfahrung bringen, ist auch der Beschäftigungsstand des Gesamtbetriebes bei weiterem Auftragsrückgang in Frage gestellt, so daß auch hier in nächster Zeit mit weiteren größeren Massenentlassungen und der vollkommenen Stillegung der Donnersmarchhütte zu rechnen ist.

Die Witwen-, Invaliden- und Waisenunterstützungsstelle ist gleichfalls pleite, so daß bei der letzten Zahlung nur Beträge von 1 bis 3 Mark ausgezahlt wurden. /

Die Belegschaft der Donnersmarchhütte muß sofort Stellung nehmen und einen Kampfausschuss wählen mit der Forderung: Kein Mann darf entlassen werden.

Macht mobil, ehe es zu spät ist, um zu verhindern, daß die Donnersmarchhütte den Weg der Borfighütte geht und durch die kapitalistische Krise verdrängt wird.

## Zwei Millionen Arbeiter

tragen bereits das Abzeichen der Antifaschistischen Aktion

2 Millionen Abzeichen sind bereits verkauft



## Die dritte Million

ist ausgeliefert! Antifaschisten, an die Arbeit! Heftet das Zeichen der roten Einheit jedem Arbeiter an den Kittel!

## Schafft Munition

für die Antifaschistische Aktion!

Geradezu ungeheuerlich war die Begründung des Verhängens in diesem Urteil. Wörtlich erklärte der Vorsitzende: „Die sogenannte (1) kommunistische Partei Deutschlands, die keine selbständigen Beschlüsse fassen kann, sondern nur eine Sektion der kommunistischen Internationale darstellt, hat sich zwar bemüht, die Angeklagten von der Partei abzuschneiden... Die tatsächlichen Verhältnisse zeigen aber, daß die Sprengstoffdiebstähle und Komplotte mit Wissen und Willen und unter Tuldung der Partei geschahen.“

Diese Verleumdung der kommunistischen Partei enthält den wahren Zweck des Prozesses. Ein neuer Verbotgrund gegen die K.P.D. sollte geschaffen werden. Darum stellen wir noch einmal mit allem Nachdruck fest, daß in keinem der in Leipzig verhandelten Fälle ein Zusammenhang mit der K.P.D. bestand und darum vom Gericht auch gar nicht nachgewiesen werden konnte. Die schändliche Herzerreißung wird zweifellos die Erklärungen des Reichsgerichts benutzen, um erneut mißbraucht das Verbot der Führung der Antifaschistischen Aktion, der K.P.D., zu fordern. Die Arbeiter werden diese Verbotshetze richtig zu würdigen wissen.

Auf Jahre hinaus sollen revolutionäre Proletarier hinter Zuchthausmauern Kühn und mutig verteidigten sich alle Angeklagten trotz der angedrohten schweren Strafen. In ihren Schlussworten bekämpften sie sich alle zur proletarischen Revolution, zum entschlossenen Massenkampf gegen Kapitalismus und Faschismus. Die Sozialdemokratie ist es, die verhindert, daß diese Antifaschisten wieder in Freiheit kommen. Der sozialdemokratische Widerstand gegen die politische Amnestie in

## Gute Werbeeffolge der Betriebszelle II der Straßenbahn

Genossen, macht es nach!

Breslau. Die Betriebszelle II der Straßenbahn hatte am Dienstag, dem 28. Juni, eine Zellenitzung abgehalten, in der im Rahmen der Antifaschistischen Aktion für den Monat Juli ein Arbeitsplan festgelegt worden ist. Die Betriebszelle hatte auch die Gewinnung von zwei neuen Mitgliedern für die Partei und fünf Abonnenten für die „Arbeiter-Zeitung“ vorgezogen.

Dank der aufopfernden und intensiven Arbeit jedes einzelnen Zellenmitgliedes ist es gelungen, bis zum 8. Juli folgende Werbeeffolge zu erzielen:

Für die Partei wurden vier Mitglieder, für die AZ. und den roten Arbeiterpost je ein Mitglied gewonnen; für die

„Arbeiter-Zeitung“ Ausgabe A wurden zwei Abonnenten, Ausgabe B drei, für die Zeitschrift „Der Weg der Frau“ ein, AZ. ein und „Roter Pfeffer“ zwei Abonnenten gewonnen.

Dieser gute Erfolg wird die Genossen zu verstärkter Werbearbeit anspornen, um so den Aufgaben der Partei voll und ganz gerecht zu werden. Dieses leuchtende Beispiel zeigt allen übrigen Betriebszellen Breslaus bzw. im gesamten schlesischen Parteibeit, daß es bei intensiver Kleinarbeit möglich ist, gute Werbeeffolge auf allen Gebieten zu erzielen. Die Antifaschistische Aktion verpflichtet die Betriebs- sowie Strassenzellen zur Gewinnung Tausender neuer antifaschistischer Kämpfer für die kommunistische Partei. Die jetzt bis zum 17. Juli laufende antifaschistische Kampfwache muß hierzu besonders voll ausgenutzt werden.

## Politischer Massenstreik in Belgien

Schwere Zusammenstöße und Barrikadenkämpfe

Berlin, 12. Juli. (Eig. Drahtber.) Der Streik der belgischen Kohlenarbeiter gegen Lohnraub wächst zum gigantischen politischen Massenstreik aus. Gleichzeitig mit der Stilllegung von 150 Zechen Belgiens sind mehr als tausend Fabriken mehrerer Industriezweige stillgelegt worden. In den wichtigsten, Eisen-, Stahl-, Elektro-, Gas- und Baubauwerk, Textil- und Glasfabriken, wird gestreikt. Die Eisenbahner Mittel-Belgiens haben sich für den Sympathiestreik ausgedrückt. Die Kleinbahnen von Mittel-Belgien stehen bereits im Kampf. Im Gebiet von Charleroi wurde nach Zechenstreiklämpfen der Generalstreik ausgerufen. Die Regierung berief immer neue Regimenter in das Streikgebiet. Die Reservisten, deren Dienstzeit am 15. Juli abgelaufen ist, wurden zurückgehalten.

Trotzdem Zusammenrottungen von mehr als fünf Personen verboten wurden, halten die Streikenden gewaltige Demonstrationen ab und stellen zu allen Fabriken und Zechen Massenstreikposten auf. Überall kam es zu schweren Zusammenstößen und Barrikadenkämpfen. Der Führer der Sozialdemokratischen Partei Belgiens Van de Velde ist in Belaien eingetroffen. Die Streikenden zogen zu Tausenden vor das Gewerkschaftshaus. Als er eine Rede halten wollte, rief die Menge ihm zu, „er solle nicht reden, sondern mit ihnen kämpfen“. Er zog es vor, eine Abteilung Soldaten zu seinem Schutz vor den kämpfenden Massen heranzurufen. Die Embörung der Arbeiter über das Verhalten des sozialdemokratischen Führers ist allgemein. Die kommunistische Partei Belgiens veranstaltet überall

Massenversammlungen und ruft zur Solidarität der Streikenden auf. Die belgische Regierung ließ alle Funktionäre verhaften.

## Noch zwei Fortschritte bei der Wahl zum Verbandstag des DMV.

In der Vertreterversammlung des DMV. Landkreis Bunzlau wurde der Kollege Edelmann aus Greulich mit 20 Stimmen von 38, zum Verbandstag nach Dortmund gewählt. Dieses Beispiel zeigt, wie stark das Mißtrauen unter dem Funktionärskörper des DMV. gegen die Bürokratie vorhanden ist.

In Grünberg wurden für den Kollegen Eyl, Niesky, der als oppositioneller Kandidat für diesen Wahlbezirk in Frage kam, 20 Stimmen abgegeben. Der sozialdemokratische Kandidat erhielt 65 Stimmen. Diese 20 Stimmen für den Kollegen Eyl wurden abgegeben ohne daß die revolutionäre Opposition eine genügende aufklärnde Arbeit unter den DMV.-Kollegen geleistet hat. Hätten die revolutionären Anhänger eine planmäßige Oppositionsarbeit im DMV. entfaltet, so wäre es möglich gewesen, die Mehrheit der Stimmen für den Kandidaten der Opposition zu erringen. Die Grünberger Kollegen müssen sofort versuchen, die 20 oppositionellen Kollegen zu einer Oppositionsgruppe zusammenzufassen, um weiter an der innergewerkschaftlichen Front vorzutreten.

# General-Appell des roten Massenselbstschutzes am 14. und 15. Juli

# Die Lage in der Mandchurei

Die japanischen Militaristen fordern „Konkretisierung“ der Politik Japans gegen die Sowjetunion.

Schanghai, 10. Juli. Die Lage in der Mandchurei spitzt sich weiter zu. Es ist vor allem das Vorgehen der Partisanentruppen und antimandschurischen ausländischen Truppen, das der „mandschurischen“ Regierung die größten Schwierigkeiten bereitet. Außerdem wird ihre Lage gegenwärtig noch besonders durch die außerordentlich angespannte Finanzlage erschwert, die nicht zuletzt eine Folge der ungeheuren Ausgaben für die Kämpfe gegen die Partisanen ist.

Die mandschurische Regierung hat bereits von den japanischen Konzernen „Mitsui“ und „Mitsubishi“ 20 Millionen Yen aufgebraucht, und die übrigen großen japanischen Konzerne „Sumitomo“, „Fujita“ usw. haben sich trotz des von den militärischen Kreisen auf sie ausgeübten Druckes nicht dazu verstanden, der mandschurischen Regierung auch ihrerseits Anleihen zu geben. Selbst die mandschurische Eisenbahn, von der die Militärkräfte an erster Stelle die Finanzierung der „mandschurischen“ Regierung erwarteten und forderten, hat von dem Finanzministerium (das die zwölf größten Banken umfaßt, darunter auch die Banken der Konzerne „Mitsui“, „Mitsubishi“, „Mitsui“ usw., die die mandschurische Eisenbahn und alle japanischen Unternehmen in der Mandchurei finanzieren) an Stelle der angeforderten 40 Millionen Yen eine glatte Ablage erhalten. Diese Ablage bedeutet natürlich nicht etwa ein Abziehen des japanischen Finanzkapitals von den Plänen der weiteren Ausschließung der Mandchurei und ihrem weiteren Ausbau als Kriegsbasis gegen die Sowjetunion, sondern ist vielmehr die Folge der kritischen Wirtschafts- und Finanzlage in Japan selbst.

Die Steuereingänge der japanischen Regierung sind außerordentlich gering, da die Aktionen der Partisanen die Steuereintreibung weitgehend unmöglich machen und die Lage der mandschurischen Bauernschaft infolge der umfangreichen Kriegshandlungen und der ständigen Requisitionen immer verzweifelter wird.

Die Finanzlage Japans selbst schließt die Aufnahme von Anleihen wie überhaupt alle bedeutenden Investitionen in der Mandchurei völlig aus, es sei denn, daß solche Anleihen mit ausländischer Hilfe untergebracht werden. Die ungeklärte Stellung des „mandschurischen“ Staates verzögert jedoch den Zutrom ausländischen Kapitals in die Mandchurei. Die Anleihe auf dem französischen Geldmarkt, über die Verhandlungen noch im Gange sind, soll an erster Stelle dazu dienen, das in der Mandchurei angelegte amerikanische Kapital zu verdrängen.

Die Anbaufläche ist in der Mandchurei, wie japanische Wirtschaftler melden, katastrophal zurückgegangen, was im Herbst und Winter zu einer weiteren Zuspitzung der Krise und zur Hungersnot führen muß.

Angesichts der reichend schnell fortschreitenden Verschlechterung der Lage in der Mandchurei steigt die Unruhe unter dem Militär, an deren Spitze der Kriegsminister Arai und Honda stehen. Man spricht in diesen Kreisen immer nachdrücklicher von der Notwendigkeit einer „Konkretisierung“ der Politik Japans gegenüber der Mandchurei und will von einer solchen „Konkretisierung“ die weitere Unterstützung des Kabinetts Saito abhängig machen.

Der neue Plan der Militärkräfte wurde von Arai, wie aus zuverlässiger Quelle gemeldet wird, im Ministerrat folgendermaßen formuliert:

a) Japan lehnt entschieden die „heute schwankende Politik in der mandschurischen Frage“ ab, die nur zu neuen Verwicklungen auf internationalem Gebiete führen kann.

b) In welcher Form die vollständige Annexion der Mandchurei vor sich geht, ist unerheblich. Zur Beruhigung der Mächte sagt Japan jedoch zu, daß es sich als Gegenleistung für die Besitzergreifung von Mandchurei und Mongolei verpflichtet, die Ausdehnung des Einflusses der Sowjetunion im Fernen Osten zum Stillstand zu bringen.

c) Die Bekanntgabe dieser Maßnahme erfolgt in kürzester Zeit zu einem günstig ausgesuchten Zeitpunkt.

Diese Vorschläge Arais laufen damit in kaum verhüllter Form auf einen Antisowjetfeldzug als Gegenleistung für die von den imperialistischen Mächten gebilligte Annexion der Mandchurei und der Mongolei hinaus.

Theodor Plivier;

## Der Kaiser ging, die Generale blieben

Copyright by Malik-Verlag, Berlin.

23. Fortsetzung

In diesem Moment wird eine Tür aufgestoßen. Ein Zivilist, ein hochgeehrter Mann mit einer Brille, kommt stuchend heraus, — der Abgeordnete Koske; hinter ihm der Gewerkschaftsvorsitzende Garbe.

„Das ist ja eine tolle Wirtschaft hier. In dieses Durcheinander muß aber endlich Ordnung reinkommen. Wo steckt denn der Artelt?“

Koske ist sofort von den Matrosen umringt.

„Genosse Koske...“

„Bei uns an Bord macht auch jeder was er will.“

„Zamohl, wir brauchen eine einheitliche Führung.“

„Wir müssen uns für den Kampf organisieren. Wenn die Truppen von draußen reinkommen, dann kostet uns das allen den Kopf!“

Auch der Rothhaarige wendet sich an Koske:

„Ich brauche ein Gefängnis für vierzehn verhaftete Offiziere, Genosse!“

„Die Offiziere, die laßt ihr am besten wieder laufen!“ rät Koske.

Der Matrose bleibt verblüfft stehen.

„Da bleibt dir die Spude weg, was?“

„Wenn wir die alle laufen lassen, dann kommen sie bald wieder! Und dann geht's uns schlecht“, meint Raumschuh. Koske ist schon von einer anderen Gruppe umringt. Alle haben Fragen an ihn, oder sie haben Vorschläge zu machen; andere wollen ihn mitnehmen auf ihr Schiff, damit er der Mannschaft einen politisch aufklärenden Vortrag hält. „Acht 305-Kanonen und sechzehn Kammetgeschütze — wir schießen auf zehn Meilen Entfernung eine Arme in Klump, wenn es sein muß! Vierzehnhundert Mann sind wir an Bord und alle solche Jungs! Nur einen kurzen aufklärenden Vortrag, Genosse Koske, damit sie das Ziel richtig verstehen, und damit sie wissen, wo der Kurs hingehet. Da freh ich einen Besen, da bleiben sie alle auf ihrem Posten und gehorchen auch wieder!“

# Unsere Weltfront gegen Tribute und Krieg!

Die kommunistischen Parteien aller Länder mit dem deutschen Proletariat in einer Front zur Bekämpfung des Lausanner Tribut- und Kriegspaktes

Während die bürgerliche Presse in Frankreich und England sich vor Begeisterung über den neuen Tributpakt überschlägt, die Sozialdemokraten in allen Ländern die imperialistische Außenpolitik ihrer Regierungen unterstützen, richtet einzig die kommunistische Internationale in allen Ländern die rote Einheitsfront der Arbeitenden gegen die Tribut- und Kriegspolitik auf.

## „Humanité“ — Straßburg

Die „Humanité“, das Organ der K.P. Frankreichs in Elsaß-Lothringen, schreibt unter der Überschrift: „Dem deutschen Volke bleiben die Sklavenketten erhalten“ unter anderem:

„Der Versailler Vertrag bleibt also weiter bestehen mit allen seinen Konsequenzen. Es bleiben weiter bestehen die Reparationslasten des deutschen Volkes.“

Von Vapen, wie vordem Brüning, haben auf dem Rücken des deutschen Volkes gehandelt, und das deutsche Proletariat, die armen Bauern, der Mittelstand werden es auch weiterhin sein, die die Lasten des Schandvertrages von Versailles tragen müssen.

Früher die sozialdemokratische Regierung, nachher Brüning, der Führer des Merkantilismus, nun von Vapen, der Chef des Militärs und der Junker, waren nicht fähig, Deutschland von den Tributzahlungen zu befreien, auch Hitler, der ja ebenfalls ein Agent der deutschen Bourgeoisie ist, wird das deutsche Volk nicht retten.

Die Befreiung vom Versailler Raubvertrag, von den Reparationslasten, wird dem deutschen Volke nur die kommunistische Partei Deutschlands im Verein mit der kommunistischen Partei Frankreichs und denen der ganzen Welt bringen.“

## „Daily Worker“ — London

Das Zentralorgan der K.P. Großbritanniens schreibt in seinem Artikel zum Abschluß der Konferenz von Lausanne:

„Die beiden Hauptpunkte aus dem Lausanner Abkommen hervorzuheben sind: Die Bereitwilligkeit von Vapens, in die Kriegsfront gegen die Sowjetunion einzutreten und die Bildung einer europäischen Schuldnerfront gegen Amerika.“

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß in den nächsten Stadien der Verhandlungen die Frage des Antisowjetkrieges mehr und mehr in den Vordergrund treten wird.

Das Abkommen von Lausanne kann an der Wirtschaftslage Europas nichts ändern. Es wird keinem einzigen Arbeiter Beschäftigung bringen. Es wird im Gegenteil den Krieg beschleunigen.“

Die Konferenz, die einberufen war, um die kapitalistische Welt

wieder in Gang zu bringen, endet nach wochenlangen Verhandlungen mit einem Abkommen, dessen Verwirklichung voll und ganz abhängt von der Haltung der Vereinigten Staaten in der Frage der Kriegsschulden. Es wurde keine Lösung für die Krise gefunden, im Gegenteil: Das Ergebnis der Konferenz ist eine Stärkung derjenigen Kräfte, die in einem Krieg, insbesondere in einem Interventionskrieg gegen die Sowjetunion den Ausweg aus der Krise erblicken.“

## „Kämpfer“ — Zürich

Unser kommunistisches Bruderorgan in Zürich schreibt: „Auch dieses Abkommen der Imperialisten wird von kurzer Dauer sein. Die immer noch tiefer werdende Weltwirtschaftskrise verschärft noch mehr die Gegensätze der Imperialisten unter sich und wird auch die heutigen „Stützen“ noch unterhöhlen. Bezeichnend sind auch die Punkte 3 und 4, deren Spitze unzweifelhaft gegen die Sowjetunion gerichtet ist. Wir stehen mit unseren Klassengenossen in Deutschland, Frankreich und England zusammen gegen den neuen Tributpakt.“

## „Rote Fahne“ — Wien

Das Zentralorgan der K.P. Oesterreichs schreibt u. a.: Die bürgerlichen Blätter jubeln, die sozialdemokratischen Blätter freuen sich. Sie erklären: „Die Zeit der Tribute ist vorüber.“

Diese Behauptung über das Ergebnis der Lausanner Konferenz ist eine große Lüge. Die Tribute, die von den imperialistischen Westmächten und vom Auslandskapital aus Deutschland herausgepreßt werden, sind nicht nur nicht aus der Welt geschafft, sondern es wurden auch noch neue Lasten aufgeschleppt. Auch angesichts des jämmerlichen Rezepts von Lausanne bleibt unverändert die Wahrheit bestehen:

Rettung bringt nur der Kommunismus!

Diese Einigung der imperialistischen Großmächte in Lausanne muß das Proletariat mit Beunruhigung erfüllen, nicht nur, weil sie dem werktätigen deutschen Volke in einem Augenblick, wo Deutschland bereits nichts mehr zahlt, eine neue ertliche Verpflichtung auf Tributzahlungen auferlegt, sondern weil es darin die Einigung seiner Unterdrücker und Feinde, und vor allem die Einigung der Feinde der Sowjetunion sehen muß. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man erklärt, daß die Einigung in Lausanne einen bedeutenden Schritt näher zur Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion bedeutet.

## Blutige Arbeitslosenunruhen in China

Schanghai, 11. Juli. In den Provinzen Kiangsu und Tschetsiang kommt es zu stürmischen Aktionen der Arbeitslosen. Ansammlungen von Hungernden, hauptsächlich von Frauen, ergreifen von den Reis- und Lebensmittelläden Besitz und leihen der Polizei schärfsten Widerstand. Bei den Zusammenstößen mit den Polizisten wurden einige Personen getötet. Die hungernden Bauern bildeten Gruppen, drangen in Häuser der Reichen ein und nahmen sich die Lebensmittelvorräte. Die Bewegung wächst und dehnt sich auf die Reisbaubezirke aus.

## Die Bauernunruhen in der Westukraine

Warschau, 11. Juli. Vertreter der zentralen Behörden sind im Kreis Lisko (Wojewodschaft Lemberg), dem Gebiete der Bauernunruhen, eingetroffen, um eine „Rasifizierungsaktion“ durchzuführen. In Lisko befindet sich ein Abteilungsleiter des Innenministeriums und ein Leiter der „Sicherheitsabteilung“.

Gemäß ergänzenden Angaben hat die Polizei in der Nähe des Dorfes Lohozwia einen Bauern, in der Nähe des Dorfes Telesnich drei Bauern und im Dorfe Witlin zwei Bauern gefötet. Nach unbestätigten Angaben wurden einige Dutzend Bauern verlegt.

## Internationales Kinder-Sanatorium in Transkaukasien

Moskau, 11. Juli. An der transkaukasischen Eisenbahnlinie Yidi-Jemibakuri wurde von der Gewerkschaft der dortigen Eisenbahner dieser Tage ein internationales Kinder-Sanatorium errichtet. In dem Sommer-Sanatorium, in dem die Kinder drei Monate zubringen können, werden mehrere hundert Kinder aus den dortigen Kollektivwirtschaften der Eisenbahner zusammen mit Arbeiterkindern aus dem kapitalistischen Ausland sich erholen.

Und ein Kamerad unterstützt ihn:

„Das mit der Reaktion ist nicht so schlimm. Jetzt, wo wir die ganze Flotte haben! Damit schießen wir alles kaputt!“

Die große Menge der Matrosen ist politisch vollkommen unorientiert. Koske, Haase, Ledebour, Sozialdemokratie, Unabhängige oder Spartakisten, — das ist ihnen alles daselbe: Sozialismus! Friede! Revolution!

Draußen knallen wieder Gewehrshüsse.

Koske reißt die Tür zum Soldatenrat Artelt auf:

„Diese Schweinerei muß endlich aufhören! Hören Sie, Genosse Artelt, wollen Sie nicht mal mitkommen, damit das Schießen endlich eingestellt wird!“

Artelt bleibt am Tisch sitzen und antwortet: „Ich denke gar nicht daran, mich einzumischen, wenn Offiziere, die unsere Bewegung stören, erschossen werden!“

Raumschuh drängt sich durch den Korridor, geht die Treppe wieder hinunter und sucht unten Bonczyk und die Matrosen, die noch immer die Infanterieoffiziere bewachen. Der Rothhaarige und seine Mannschaft haben ihre Offiziere schon laufen lassen. Raumschuh erzählt seinen Kameraden, was Koske gesagt hat, und erklärt, daß ihnen mit ihren Gefangenen nur auch nichts anderes übrig bleibe, als sie laufen zu lassen.

Er wendet sich den Offizieren zu: „Sie können gehen! Aber verschwinden Sie bloß schnell aus Kiel und lassen Sie sich hier nicht wieder blicken!“

Für ein Uhr ist eine große Demonstrationsversammlung auf dem Wilhelmplatz angesagt, wo den Landtruppen und den Schiffsbelagungen Bericht über die Lage erstattet werden soll. Kurz vorher setzt ein heftiger Regen ein. Koske sieht durch das Fenster auf die Straße hinunter und erinnert sich, irgendwo gelesen zu haben, daß eine Revolution noch in den seltensten Fällen gemacht worden sei, wenn die Leute einen Regenschirm brauchten!

Auf das schlechte Wetter setzt er seine Hoffnung und glaubt, daß nicht allzu viele Leute die Versammlung besuchen werden. Er hat die Absicht, sich auf dieser Versammlung zum Vorsitzenden des Soldatenrats ausruhen zu lassen. Wie so etwas gemacht wird, weiß er. Dafür hat er zwanzig Jahre Parteiroutine. Er hat auch mit dem Gewerkschaftsvorsitzenden Garbe und einigen sozialdemokratischen Funktionären schon alles durchgesprochen.

Aber immerhin, — je weniger hinkommen, desto besser!

An die schöpferische Kraft der Massen glaubt er nicht. Und er denkt gar nicht daran, das Sprachrohr dieser Massen zu werden

und seine organisatorischen Fähigkeiten der elementar ausgebrochenen Bewegung zur Verfügung zu stellen.

Koske sieht sich in seiner Erwartung geäußt.

Als er eine halbe Stunde später den Platz erreicht, ist dort schon eine unüberschaubare Menge Matrosen versammelt. Und noch immer neue Züge, die rote Fahnen vor sich hertragen, marschieren an.

Zuerst spricht ein Mitglied des Soldatenrats.

Dann bekommt der Abgeordnete Koske das Wort.

Er stellt zunächst fest, daß er an der Entstehung der Bewegung keinen Anteil habe. Das schadet seinem Ansehen bei den Matrosen kaum. Es kommt nur auf den richtigen Ton an; und den verliert Koske so ausgezeichnet zu treffen, daß ihm diese Feststellung noch als Bescheidenheit angerechnet wird. Und der Partei und der Regierung gegenüber ist so ein Satz immer eine Rückenbedeckung, gegebenenfalls kann er sich darauf berufen.

Koske spricht über den Umfang, den die Bewegung angenommen hat, und dann steuert er auf das Ziel los:

„Aber jetzt ist eine feste Hand nötig! Während des Vormittags ist niemand zu finden gewesen, der Anweisungen erteilt hat. Und so hat eine Anzahl Kameraden mich gebeten, als Vorsitzender des Soldatenrats vorerst ihre Interessen wahrzunehmen!“

„Eine Anzahl Kameraden...“ sagt Koske. Daß der Vorschlag von dem Gewerkschaftsleiter Garbe gemacht wurde, der noch vor zwei Tagen auf dem Großen Exerzierplatz zum Warten gemacht hat und von den Matrosen dafür ausgepöfeln wurde, teilt er der Versammlung nicht mit.

„In so einer Riesenversammlung kann man nicht verhandeln, was zu tun ist. Also müssen die einzelnen Formationen Vertrauensleute wählen und sie am Nachmittag nach dem Stationsgebäude schicken. Mit denen werde ich dann an die Arbeit gehen. Unter der Voraussetzung natürlich, daß die Versammlung das erforderliche Vertrauen zu mir hat.“

Das ist das Stichwort für die in der Versammlung verteilten sozialdemokratischen Vertrauensleute.

„Wir brauchen eine richtige Führung!“

„Eine einheitliche Leitung ist nötig!“

„Koske hat die politische Erfahrung!“

„Koske, hoch!“ rufen sie.

Und die Menge fällt in den Ruf ein.

Der Regen peitscht die hochgereckten Gesichter. Durch die Versammlung geht eine Bewegung. Ausgestreckte Hände, Mühen werden von den Köpfen genommen und geschwenkt.

(Fortsetzung folgt)

# Was bringt Hitler den wertfähigen Frauen?

## Das Märchen vom „kranken Heim“

Millionen Frauen haben bei den letzten Wahlen der Hitlerpartei ihre Stimme gegeben. Sie taten das in dem Glauben, daß Hitler ihnen helfen, daß der Nationalsozialismus bessere Verhältnisse schaffen und sie von der drückenden Sorge um ihre Existenz und die ihrer Familie befreien wird.

Die Hunderttausende weiblichen Angestellten, Kleinbürgerfrauen und Bauernfrauen haben sich nie viel um Politik gekümmert. Ihr Ideal ist ein gesichertes Einkommen, ein „trautes Heim“, ungekündetes „Familienglück“. Mit der fortschreitenden wirtschaftlichen Krise leben sie ihr Ideal immer mehr bedroht. Ihr Einkommen, Lohn oder Gehalt wird immer niedriger, das Wirtschaftsgeld immer weniger. Die Kinder sind unterernährt. Der Hunger und die Sorgen um das Morgen machen sich in den Familien breit und zerstören das, was bisher diesen Frauen als „Lebensinhalt“ galt. Die große Masse dieser Frauen forscht nicht nach den tieferen Ursachen der Zustände. Sie fragt nicht, woher die Not und das Elend kommen. Sie ist nur von dem einen Wunsch besetzt, daß es „anders“ werden soll.

Da kommen die Nationalsozialisten. Sie versprechen den Frauen, daß alles so werden soll, wie sie es wünschen — wenn Hitler die Macht habe. Die Frau brauche im „Dritten Reich“ nicht in den Betrieben und Kontoren, nicht auf dem Felde sich abrackern. Der Mann verdiene soviel, daß er heiraten und eine Familie ernähren könne. Die Frau sei ein zartes, schutzbedürftiges Wesen. Ihre Bestimmung sei, Mutter zu werden. Ihre Arbeit solle auf die Versorgung des Haushaltes beschränkt sein. Der Mann aber sei der Gründer und Erhalter der Familie, der „Schützer der Volksgemeinschaft“.

„... aber unser Lebensrecht liegt in der Familie, in der Durchwärmung, der Erhebung und innerlichen Belebung des kleinen Kreises, des Wurzelbodens, aus dem unsere starken Säume wachsen.“

So heißt es in den „Nationalsozialistischen Monatsheften“ Nr. 22. Die Frauen sehen ihre Träume verwirklicht, ihre Ideale geteilt und fallen leicht auf die nationalsozialistischen Versprechungen herein. Die von einem Heer bezahlter Agitatoren betriebene Verhimmelung Hitlers tut noch das ihrige dazu. Hitler erscheint solchen Frauen als neuer Messias. Wie weit die Verherrlichung geht, dafür nur ein Beispiel. Im Heft 22 der „Nationalsozialistischen Monatshefte“ schreibt eine Nazifrau:

„Da erschien ein Führer, der unsere Seelen versteht, der mitfühlt, was wir ersehnen. Wir wollen zurück zur göttlichen Weltordnung und zurück zur Weisung des Heilandes... Wir wollen deutsche Mütter sein von deutschen Söhnen. An die Mission Adolf Hitlers glauben wir und erflehen Segen über ihn, denn sein Programm ist Gerechtigkeit und Ordnung.“  
Arme Frau!

Keine der Millionen wertfähiger Frauenstimmen würde die Hitler-Partei bekommen, wenn die Frauen und Mädchen wüßten, wie die wirkliche Stellung Hitlers und des Nationalsozialismus zur Frau ist!

## „Die Frau von der Arbeitsstelle verjagen!“

Die Frauen brauchen bloß die Augen und Ohren aufzumachen, und sie werden sehr schnell erkennen müssen, daß sie durch Hitler auf einen falschen Weg geführt werden. Der Widerspruch zwischen Worten und Taten der Hitler-Partei ist so groß, daß man auch, selbst wenn man nichts von der Politik versteht, erkennen muß, daß die wertfähigen Frauen von der Hitler-Partei nur irreführt und betrogen werden.

Entsprechend der Auffassung, daß die Frau ins Haus gehört und dort ihren Beruf als Gattin und Mutter zu erfüllen habe, betreiben die Nazis eine durch und durch feindliche Politik gegen die wertfähige Frau. Gegen die im Kontor und Betrieb beschäftigten Frauen wird von den Führern der Nationalsozialisten der Vorwurf erhoben, daß die Frau schuld sei an der Erwerbslosigkeit.

„Familienväter werden mit Bettelgroschen abgepeiff. . . . Inzwischen aber steigt die Zahl der in außerhäuslichen Berufen tätigen Frauen. Die Frauen besetzen den Arbeitsmarkt beträchtlich. Man bedenke:

Nachdem sie nur acht Stunden vor dem mehr oder weniger netten Chef gestrichelt haben, können sie in der übrigen Zeit als große „Damen“ angetan und aufgemacht mit dem Freund in Lokalen sitzen, tanzen und was es der Genüsse noch mehr gibt. Dazu gehören die seidenen Strümpfe, die seidenen Fähnchen, Dauerwellen und Halsketten.“

So stand es wörtlich zu lesen in dem Berliner Naziorgan, dem „Angriff“, vom 19. Januar 1930. Diese niederträchtige Beschimpfung der wertfähigen Frauen ist kaum mehr zu überbieten. Nach Auffassung der Nazis arbeiten die Frauen in den Kontoren und Fabriken und in den Warenhäusern nicht aus Not, sondern um sich „seidene Strümpfe“, „seidene Fähnchen“, um „Dauerwellen und Halsketten“ zu kaufen und um mit dem Freund in Lokalen sitzen und tanzen zu können. Das ist das wahre Gesicht der Hitlerpartei. Dieses Gesicht verhüllen die Nazi-Agitatoren aber, wenn sie bei den Frauen für die Hitlerpartei werben wollen. Dann legen sie die Maske der Frauenfreundschaft auf. Um bei den Arbeiterinnen und Angestellten in den Betrieben Fuß zu fassen, haben die Nazis ihr Herz für die wertfähige Frau entdeckt.

Die ganze Verlogenheit der Nazi-Partei wird offenbar, wenn man folgende Auslassungen einander gegenüberstellt und vergleicht:

Naziabgeordneter  
Graf Reventlow  
am 21. November 1931:

„Wie nun die Dinge heute liegen, kann es dem Nationalsozialismus vollends nicht in den Sinn kommen, die erwerbstätigen Mädchen und Frauen in ihrer Erwerbstätigkeit noch zu behindern, bzw. ihnen diese erschweren zu wollen. Wir anerkennen im Gegenteil mit hoher Achtung die Energie und den Fleiß, mit dem die weiblichen Erwerbstätigen sich ihr Leben durch eigene Arbeit zu machen bestrebt sind.“

Das ist die Doppelzüngigkeit der Nazis der wertfähigen Frau gegenüber!

Abgeordneter Gregor Strasser  
am 10. Dezember 1931 in Leipzig  
in der Versammlung der Nazi-Partei:

„Die Frau muß aus dem Produktionsprozeß verjagt werden! Man muß ihr im „Dritten Reich“ beibringen, mit dem Gelde, das der Mann nach Hause bringt, anzukommen. Wurst und Weißbrot werden verschwinden. Dafür werden die Nationalsozialisten die gute alte Erbsenluppe wieder zu Ehren bringen.“

## Die Frau nur ein Zuchtvieh!

Und welche Rolle sollen die Frauen bei der „stillen Encenerung“ im „Dritten Reich“ spielen?

Ludwig Darré, Leiter der Organisationsabteilung II, Abteilung der Landwirtschaft der Nazi-Partei, hat ein Buch geschrieben „Neuadel aus Blut und Boden“. Seiner Ansicht nach ist das Notwendigste, daß ein neuer absolut rasserer Adel der wirkliche Herrenmensch im „Dritten Reich“ geschaffen wird. Das soll auf diese Weise geschehen:

„Zuchtweite (wahrscheinlich ehemalige Pferdezüchter) führen für jeden Deutschen Zuchtstute. Nach ihnen werden die deutschen Mädchen in vier Klassen eingeteilt (Seite 170):

Klasse 1: Die besten 10 v. H. aus der Schar der zur vollen Ehe Tauglichen. Aus ihnen kann der neue Edelmann frei wählen.

Klasse 2: Der Rest der Mädchen, deren Verehelichung keine grundsätzlichen Bedenken entgegenstehen. Hier bedarf der neue Edelmann vor einer Verbindung einer Untersuchung und Genehmigung durch das „Heroldamt“.

Klasse 3: Mädchen, gegen deren Verehelichung aus sittlichen und staatsrechtlichen Gründen keine Bedenken vorliegen, deren „erwerblicher“ Zustand aber in jedem Fall eine Unterbindung von Nachkommenschaft verlangt. Diesen Mädchen wird man die Ehe gestatten, wenn die Kinderlosigkeit ihrer Ehe gewährleistet ist (Sterilisation, Unfruchtbarmachung).

Klasse 4: Alle Mädchen, deren Verehelichung grundsätzlich auszuschließen ist.

Klasse 3 und 4 kommen für den neuen Edelmann überhaupt nicht in Betracht.

Man sieht, die Zuchtweite werden mächtige Männer in unserem Volke sein.“

Kann es noch eine schmutzigere und brutaleren Mißachtung der Frau geben, als es durch diese Behandlung der Frauen und Mädchen wie Zuchtvieh geschieht?

Schamlos und perver überträgt der Nationalsozialist seine im Pferdestall gewonnenen „Erfahrungen“ auf 32 Millionen deutscher Frauen und Mädchen. Die Frau wird mit demselben Maßstab gemessen, wie ihn die Nazi-Gutsbesitzer im Pferdestall zur Anwendung bringen.

Diese Schamlosigkeit ist aber durchaus nicht etwa die Entgleisung eines einzelnen nationalsozialistischen Führers. Auch der Reichspropagandaleiter der Nationalsozialisten, Dr. Goebbels, schreibt in seinem Buch „Michael, ein deutsches Schicksal“: „Die Frau muß schön sein und dem Manne Kinder gebären. . . . Auch das Vogelweibchen schmückt sich für den Vogelmann und brüht für ihn die Eier aus.“ Und der Schöpfer des nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramms, der Nazi-Reichstagsabgeordnete Feder, schreibt in der „Flamme“ vom 26. Juni 1930:

„Wir Jungen müssen ausziehen, . . . damit wir wieder zum Heiligsten kommen, das es auf dieser Welt gibt, zur Frau, die Magd und Dienerin ist.“

Und diese Gesellen schwindeln den Frauen vor, daß sie für die Reinheit der Ehe und die Befreiung aller Menschen seien. Diese frechen, schamlosen Banditen erdreissen sich, in ihrer Agitation zu sagen: „Der Kommunismus zerstört die Ehe und predigt den unbeschränkten Geschlechtsgeiz.“

## Todesstrafe für Abtreibungen

Die Frau muß im „Dritten Reich“ gebären, ob sie will oder nicht. Soziale Bedenken und gesundheitliche Rücksichten wollen die Nazis nicht gelten lassen. Darum sind sie auch für die Aufrechterhaltung des Schandparagrafen 218. Wieviel Jammer und Unglück hat dieser Paragraph schon über die Frauen gebracht, wie viele Frauenleben hat er schon vernichtet, wieviel Ehen zerstört! Ob die armen Familien ein weiteres Kind ernähren können oder nicht, das ist den Nationalsozialisten egal. Gegen die unglücklichen, verzweifelten Mütter haben sie im Reichstag folgenden Antrag eingebracht:

„Gesekentwurf zum Schutz der deutschen Nation“.

Reichstagsdrucksache Nr. 1741, IV. Wahlperiode 1928.

Auszug:  
„Wer es unternimmt, die natürliche Fruchtbarkeit des deutschen Volkes zum Schaden der Nation künstlich zu hemmen oder wer durch Vernichtung mit Angehörigen der jüdischen Blutgemeinschaft oder farbigen Rassen zur rassischen Verschlechterung oder Zersetzung des deutschen Volkes beiträgt, oder beizutragen droht, wird wegen Rassenverrat mit Zuchthaus bestraft.“

In besonderen leichten Fällen kann an Stelle der Todesstrafe auf Zuchthaus, in besonderen schweren Fällen an Stelle Zuchthaus auf Todesstrafe erkannt werden.“

Unterschieden ist das Blutdokument von Dr. Fried, Ritter von Epp, Feder, Göring, Graf zu Reventlow, Stöhr, Dr. Goebbels. Und in der für den Fall der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten vorbereiteten Regierungserklärung, dem berühmtesten B o r g h e i m e r D o k u m e n t, heißt es sogar:

„Abtreibung wird mit Zuchthaus oder Tod bestraft.“

Jede wertfähige Frau empfindet, daß diese Drohungen nur gegen sie gerichtet sind. Denn es ist kein Geheimnis, daß die oberen Zehntausend dank ihrer vollen Geldbörse für solche Fälle immer gefällige Professoren zur Hand haben.

In den „Briefen an die deutsche Frau“, einer Nazi-Frauentzeitung, heißt es: „Die politischen Argumente der Frau sind: Der leere oder volle Kochtopf, die Fürsorge um ihre Kinder.“ Für die wertfähige Frau gibt es heute viel mehr leere als volle Kochtöpfe. Und daß es so ist, daran ist die Hitlerpartei mit Schuld.

## Hitlerpartei verteuert das Brot

Im Reichstag haben die Nazis zahlreiche Anträge auf neue Zölle und Erhöhung der Zölle gestellt. So beantragten sie Erhöhung der Zölle und damit der Preise für Roggen, Weizen, Schweinefleisch, Futtermittel, Zucker, Süßfrüchte und Holz. Zölle aber verteuern die Lebensmittel. Der Naziabgeordnete Feder jagt in einer geschlossenen Versammlung der Unternehmer der RSDAP, am 29. November 1931, in Bochum:

„Die Weizenimport muß aufhören. Das Volk muß wieder Schwarzbrod essen. Das Volk muß wieder lernen, zu dienen.“

Der von der Regierung Papen mit Hilfe der Nazis verordnete Unterstützungs- und Rentenraub, macht es den linderreichen Familien unmöglich, auch nur genügend Schwarzbrod zu essen. An Fleisch können sie kaum mehr denken. Denn die Nationalsozialisten verteuern durch die Forderung der neuen Zölle nicht nur das Fleisch, sondern sie waren im Reichstag auch gegen die Einfuhr von billigem Gefrierfleisch. Die Nationalsozialisten machen diese Politik, weil sie eine Partei der Großagraren sind, die durch die Zölle und hohen Lebensmittelpreise nur gewinnen.

Die Hitlerpartei trägt auch die Verantwortung für die neue Salzteuer. Denn nur mit ihrer Zustimmung konnte die Regierung Papen diese Steuer diktieren. Diese Steuern genügen aber der Hitlerpartei noch nicht. Im „Roten Adler“, der Nazi-Zeitung für den Gau Brandenburg, wird ganz offen die Einführung der Margarinesteuer gefordert. Die „Butter“ der Armen soll verteuert werden, damit die Großagraren höhere Preise für die gute Butter fordern können.

## Die Hitlerpartei kürzt die Witwen- und Waisenrente

Die treueste mütterliche „Fürsorge um ihre Kinder“ hilft nichts, wenn der Kochtopf leer bleiben muß, weil die Löhne und Gehälter gekürzt und die Unterstützungen geraubt werden und die Lebensmittelpreise immer mehr steigen. Der gerade in diesen Wochen durchgeführte Abbau der Kinderzulagen bei Kriegsbeschädigten und Invaliden von 10 auf 7,50 Mark, der völlige Abbau der Renten für die Waisen über 15 Jahre, im Zusammenhang mit dem allgemeinen Rentenabbau, er schmälert den Kindern der Vermissten der Armen die an sich schon knappe Brotration immer mehr. Die ganze Verantwortung für den Abbau der Witwen- und Waisenrenten trifft voll und ganz die Hitlerpartei. Denn sie unterstützt die NotverordnungsPolitik der Papendiktatur!

## Hitler gegen Frauenwahlrecht

Diese Mißachtung und Erniedrigung der Frau durch den Nationalsozialismus wird von Hitler ausdrücklich gebilligt. Am 19. März 1932 tagte in München eine Konferenz der Gaufrauenleiterinnen der Nazis. Hitler sprach auf dieser Konferenz und führte u. a. aus:

„Im „Dritten Reich“ hat die Frau keinerlei Anspruch auf politische Rechte und auf irgendwelche Rechte im Arbeits- und Produktionsprozeß. Die Frau gehört in das Haus, an den Kochtopf. Ihr Beruf ist der der Mutter.“

Das heißt nicht mehr und nicht weniger als: Die Frau hat im „Dritten Reich“ kein Wahlrecht. Sie hat auch kein Recht auf Arbeit! Hitler proklamiert für die wertfähige Frau ein Dasein als hungernde Hausflavin!

## Wertfähige Frauen gehören in die rote Front!

Die Nationalsozialisten sagen: Die Frau soll nicht politisieren. Sie wissen warum. Denn würde die wertfähige Frau politisch denken, dann müßte sie Todfeind des Nationalsozialismus sein.

Millionen Frauen führen heute schon gemeinsam mit den Kommunisten den Kampf gegen das volksfeindliche Notverordnungs-system für das Stück Fleisch im Topf für sich und ihre Kinder. Millionen Frauen haben das wahre Gesicht der Hitlerpartei erkannt. Immer größer wird die Zahl derjenigen, die sich davon überzeugen, daß die Nationalsozialisten die wertfähigen Frauen nur belügen und betrügen, um sie vom Kampfe gegen die Schuldigen an ihrem Unglück abzuhalten.

Der Kommunismus allein vertritt die Interessen der wertfähigen Frauen. Seht hin nach der Sowjetunion! Dort, wo die Kommunisten die Macht haben, dort gibt es keine Arbeitslosen mehr. Dort hungern die Frauen und Kinder nicht. Die schönsten Paläste sind als Heime für Kinder und erholungsbedürftige Frauen eingerichtet. Dort ist für die schwangere Frau, für Mutter und Kind gesorgt wie in keinem anderen Lande der Welt.

Das ist nur möglich, weil es dort auch keine Notverordnungen gibt, die den Unterstützungs- und Rentenraub diktieren. Dort, wo die Kommunisten herrschen, ist die wertfähige Frau befreit.

Wertfähige Frauen dürfen nicht Nazis wählen, sondern schließen sich den Kommunisten an, die allein für die Interessen des wertfähigen Volkes kämpfen. Nicht im „Dritten Reich“, sondern nur in einem freien sozialistischen Rätedeutschland gibt es für die wertfähige Frau Arbeit, Brot und Freiheit! Darum kämpft Schulter an Schulter mit den Männern gegen den Faschismus, gegen die Hitlerpartei!

Frauen, reißt euch ein in die Antifaschistische Aktion, wählt Kommunisten, Liste 3!

## „Selbstmord ist die heiligste Pflicht!“

Der nationalsozialistische Schriftsteller Ernst Mann schrieb in seinem Buche „Die Moral der Kraft“ (Verlag Gerhard Hofmann-Weimar): „Schwer ist es für Kranke und Schwache,

sich selbst den Tod zu geben.

Zum Selbstmord gehört ein Grad von Furchtlosigkeit und Willenskraft, der den meisten Kranken fehlt. Auch derjenige, welcher sich infolge seiner Tapferkeit im Kampfe für das Allgemeinwohl (im Kriege. Die Red.) eine schwere Verletzung oder Krankheit zugezogen hat, auch dieser

hat kein Recht, seinen Mitmenschen als Krüppel oder Kranken zur Last zu werden.

War er tapfer genug, seine Gesundheit, sein Leben im Kampfe aufs Spiel zu setzen, so soll er auch die letzte Tapferkeit besitzen, den wertlosen Rest seines Lebens selbst zu enden. Selbstmord ist die einzige Heldentat, die Kränklichen und Schwächlingen übrig bleibt. Für jeden Schwächling, für jeden mit chronischer oder vererbbarer Krankheit oder mit Verkrüppelung Behafteten

ist Selbstmord die heiligste Pflicht, sich und seinen Mitmenschen gegenüber.“

# Die neue Bergpolizeiverordnung für den Steintohlenbergbau

Von Karl Springer, Bochum, Mitglied der Arbeitskammer

Der Arbeitskammer für den Ruhrkohlenbergbau liegt zurzeit der Entwurf einer neuen Bergpolizeiverordnung zur begutachtlichen Beratung vor. Die Bergpolizei in Preußen soll jetzt einer einheitlichen Regelung unterliegen, und zwar soll die neue Bergpolizeiverordnung für die drei Oberbergämter Dortmund, Bonn und Breslau (für letztere mit einigen Änderungen) Geltung haben. Wenn die Bergarbeiter glauben sollten, durch die neue Bergpolizeiverordnung mehr Schutz des Lebens und der Gesundheit zu bekommen, als es bisher der Fall war, so muß von vornherein erklärt werden, daß der Entwurf den Profitsinteressen der Unternehmer weitgehend entgegenkommt. In der einleitenden Sitzung der Arbeitskammer erklärte der Sachberater des Oberbergamtes Dortmund, Oberbergamt Sommer:

„Was nützen uns die schärfsten Vorschriften, wenn wir danach keinen Bergbau betreiben können!“

Als Sicherheitsvorschriften nur insofern, als sie den Unternehmerinteressen nicht zuwider laufen; Vorschriften, die für den Bergarbeiter nur dem Schein nach Sicherheit seines Lebens und seiner Gesundheit bieten.

Trotzdem der Entwurf die größten Rücksichten auf Unternehmerwünsche walten läßt, schlägt die „Deutsche Bergwerkszeitung“ als Unternehmerorgan bereits Alarm. Bergpolizeivorschriften sind den Profitsüßern immer ein Dorn im Auge; sie wollen hemmungslos ihre Geldstränke füllen.

Kumpelleihen sind billiger als Sicherheitsmaßnahmen! Die Massenunfälle bestätigen es. Wir aber sagen der Arbeiterschaft: Der Kampf für die Grubensicherheit muß verläßt werden. Gerade jetzt, im Stadium der Vorbereitung einer neuen Polizeiverordnung, muß jeder Bergarbeiter alles daran setzen und diesen Kampf verbinden mit der Organisierung des Kampfes für Lohnerrhöhung gegen Lohnabbau, gegen die kapitalistische Rationalisierung.

Welchen reaktionären Geist die Regierungsbürokratie in den Entwurf hineingelegt hat, zeigt die Tatsache, daß in keinem Kapitel die Mitarbeit der Betriebsräte an der Grubensicherheit erwähnt wird. Für die Ministerialbürokratie bestehen keine Betriebsräte im Bergbau. Dann wird, wie es bisher der Fall war, das Schwergewicht der Verordnung in den Ausnahmegenehmigungen und Sonderbefreiungen liegen, so daß die Bergpolizeiverordnung nur einen Rahmen ohne entscheidenden Inhalt darstellen soll und zum Teil reaktionärer ist wie ihre 30 Jahre alte Vorgängerin.

Soweit der Entwurf, Welche Stellungnahme haben die einzelnen Bergarbeiterverbände zur neuen Bergpolizeiverordnung? Unnötig zu betonen, daß die „freien“ und christlichen Verbände (das heißt vielmehr deren Führer) entsprechend ihrer Bereitwilligkeit zur Mitarbeit an der Wirtschaft des kapitalistischen Staates auch in der für die Bergarbeiterchaft lebenswichtigsten Frage nach dem Grundgesetz handeln: Was ist mir den Pelz, aber mach ihn nicht naß.

Das zeigte sich bereits in den einzelnen Sitzungen der Arbeitskammer.

Noch darüber ein andermal. Die Fraktion des Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands ist entschlossen, den schärfsten Kampf zu führen auch für die Sicherheitsinteressen der Bergarbeiter. In Übereinstimmung mit der gesamten Bergarbeiterchaft fordert sie nicht nur volles Bestimmungsrecht der Betriebsräte in allen Fragen der Grubensicherheit, sondern auch die Beseitigung jeder Ausnahmegenehmigungen und Sonderbestimmungen. Diesem System der Ausnahmen ist schon mancher Kumpel zum Opfer gefallen. Die bergpolizeiliche Verordnung muß so klar und eindeutig sein und alle bergpolizeilichen Fragen umfassen, daß daneben Ausnahmegenehmigungen keinen Platz haben dürfen.

## Die Forderungen des CVBD.

Natürlich ist es unmöglich, im Rahmen eines Artikels alle Anträge der CVBD-Fraktion zu behandeln. Hier sind nur die wichtigsten angeführt. Der CVBD fordert:

Mitgliedern der Grubensicherheitskommission und der Arbeitskammer ist das Betreten der Bergwerksanlagen jederzeit gestattet. Grubenbefahrungen sind für diese unter Aufsicht des Betriebsrates zuzulassen.

Rippenerlag sowie Abbau mit wandernden Holzpfählen ist verboten.

Abbaubetriebe von mehr als 150 Meter Stöhlänge sind verboten.

Fahrdrahtlokomotiven dürfen im ausziehenden Wetterstrom nicht benutzt werden. Benzollokomotiven sind verboten.

Alle Blindschächte (Stapel) mit mehr als 30 Meter sind für die Seilsfahrt einzurichten und zu genehmigen. Insbesondere sind alle neu aufzuführenden Blindschächte zur Seilsfahrt einzurichten.

Blindörter sind durch fahrbare Wetterröhren alle acht bis zehn Meter untereinander zu verbinden. Vorgelegte Strecken sind durch Sonderbewartung zu bewahren.

Jede Abwärts-Bewetterung ist verboten.

Die Wettermänner und deren Ersatzleute müssen von der Revierbelegschaft gewählt und auf ihre Verantwortlichkeit verpflichtet werden. Sie erhalten vom Betriebsführer gegen Empfangsbcheinigung eine Dienstanweisung.

Die gewählten Wettermänner unterliegen während ihrer Tätigkeit dem Kündigungsschutz und können nur infolge Pflichtverletzung durch die Revierbelegschaft abgesetzt werden.

Zur Verhinderung starker Staubansammlung durch Kohlenstein und Kohlenstücke ist das Ueberladen der Kohlenwagen (über den Rand gefüllt) verboten. Bestrafungen wegen Mindermaß (ein Zehntel Abzug) sind untersagt.

Einmalbelegung von Arbeitspunkten ist verboten.

Arbeiter bei der Pechzerkleinerung sind einhalbjährlich auf Kosten des Bergwerksbesitzers ärztlich zu untersuchen.

Das Buttern während des Arbeitsvorganges, insbesondere in den Strecken und Aufzügen, ist verboten. Während der Butterpause hat der betreffende Betrieb zu ruhen.

Bei Temperaturen über 33 Grad Celsius ist die Arbeitszeit um eine weitere Stunde zu verkürzen. Die Arbeitszeit in nassen Betriebspunkten ist genau dieselbe Arbeitszeit wie vor heißen Betriebspunkten.

Das Meter-, Zentimeter-Schalholz- und Anteilgebirge in Schüttelkruftbetrieben ist verboten. In diesen Betrieben sind durch den Bergwerksbesitzer Festsätze zu zahlen.

In nassen Betriebspunkten, wo der Schuhschleiß besonders groß ist, muß Schuhwerk durch den Bergwerksbesitzer kostenlos geliefert werden.

Bei drohender Gefahr sind die Arbeiter befugt, die Arbeitsstelle sofort zu verlassen. Eine Bestrafung der Arbeiter hierfür ist verboten.

Die Zahlung von Prämien durch den Bergwerksbesitzer an Aufsichtspersonen ist verboten. Die Kontrolle des Arbeitsvorganges mit der Stoppuhr ist untersagt.

Jede Kameradschaft eines jeden Betriebspunktes wählt sich für jedes Drittel einen Ortsältesten, der dem Steiger zu benennen ist.

Neben diesen Anträgen sind auch wichtige Anträge zur Dauer- ausbildung gestellt, die den Belangen der betreffenden Arbeiter Rechnung tragen. Außerdem sind eine Reihe Zusatz- und Streichungsanträge gestellt. Soweit Ausnahmegenehmigungen nicht zu verhindern sind, fordert die CVBD-Fraktion, daß die erteilten Genehmigungen in Abschrift der Betriebsvertretung auszuhändigen sind, wie überhaupt bei allen wichtigen Fragen die Mitbestimmung der Betriebsvertretung gefordert wird.

Da die Beratung in der Arbeitskammer schon Ende Juli abgeschlossen werden soll, müssen die Bergarbeiter sofort in Belegschaftsversammlungen zu dem Entwurf Stellung nehmen und in Anträgen ihre Forderungen formulieren.

Kameraden, es ist keine Zeit zu verlieren. Es gilt, den Kampf für eine wirkliche Grubensicherheit zu führen; unterstützt den CVBD in seinem Kampfe für eine bessere Grubensicherheit. Bergarbeiter, euren Kampf um Lohn und Brot gilt es damit zu verbinden. Auch die Bergarbeiter müssen ihren Kampf in der Antifaschistischen Aktion führen. Der Kampf gegen den Betriebsfaschismus muß sein, der Kampf für bessere Grubensicherheit, gegen Lohnraub, für Lohnerrhöhung, gegen Gebirgsbittatur und Antreiberbystem.

# Die SA. eine Schutztruppe der Papendiktatur

Berliner SA.-Führer Graf Helldorf entlarvt Hitler

Der Oppositionsschwindel der Hitler-Partei ist geplatzt. Die Nazis können sich von der Verantwortung für die Laten der Papen-Regierung nicht mehr drücken. Kein anderer als der SA.-Führer Graf Helldorf hat den Massenbetrug der Hitler, Straßer und Goebbels entlarvt. Bei der Kundgebung der Hitler-Partei im Lustgarten in Berlin am 9. Juli beschwerte sich Helldorf, als Redner der SA. darüber, daß der Innenminister von Gahl den Nazis die Bannmeile nicht freigegeben hat und rief aus:

„Wenn die SA. nicht wäre, dann hätte sich diese Regierung des Herrn von Gahl keine vierzehn Tage halten können!“

Dieses Bekenntnis rief bei den anwesenden Führern große Bestürzung hervor. Die SA.-Proleten hören aus dem Munde eines ihrer Führer selbst, daß sie nichts anderes sind als die Schutztruppe der Regierung der Junker und Großindustrie. Es sind die Schutztruppe für die Regierung, die ihnen die Erwerbslosenunterstützung kürzt, durch neue Steuern ihre Einkommen schmälert, und den Kriegs- und Arbeitsopfern ihre schmalen Renten abbaut.

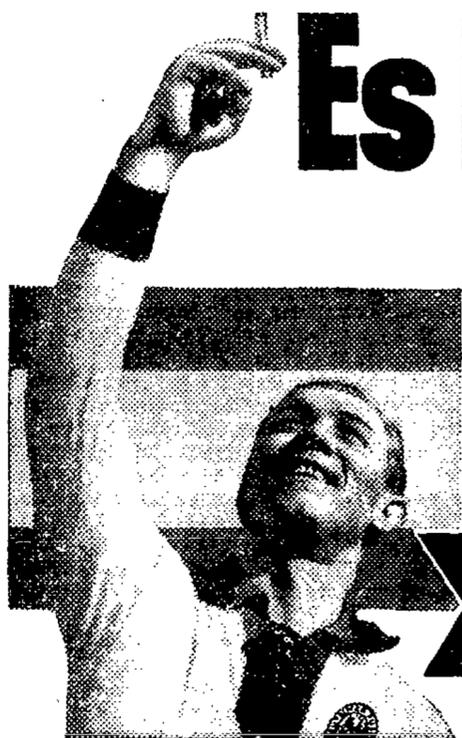
Seht wissen alle Naziwähler, daß die Hitler-Partei die Regierung der Notverordnungen schützt.

Ohne diesen Schutz hätte die Regierung ihre Notverordnungen niemals erlassen und durchführen können!

Wer jetzt noch Hitler nachläuft, wer die Nazi-Partei wählt, der wählt die Notverordnungen, der wählt die Tributzklaverei, der wählt seinen eigenen Untergang!

Los von Hitler, los von der kapitalistischen Knechtschaft! Nieder mit dem Faschismus!

## Heraus zur Antifaschistischen Aktion!



# Es kommt darauf an,

wer an das schwierige Problem herangeht, eine vorzügliche 3½ Pfg.-Zigarette herzustellen.

Die Bulgaria brachte in jeder Preislage erstaunliche Leistungen.

Nur ihr konnte der große Wurf dieser einzig dastehenden 3½ Pfg.-Zigarette gelingen.

# Bulgaria Sport, die 3 1/3 der Bulgaria

6 Zigaretten 20 Pfg.

mit ~~Spitzen~~

# RUND UM DEN ERDBALL

## Bauernleben hüben und drüben Der Bauer in der Kollektive



Sportliche Übungen im Sanatorium der hier geschilderten Kollektive.

Ein Berliner Genosse unterhält mit einem Arbeiter einer Kollektive bei Archangelsk eine dauernde Korrespondenz und stellt uns den folgenden Brief zur Verfügung:

Archangelsk, 26. Mai 1932.

Lieber Genosse!

Ich habe Deinen Brief vom 1. Mai bekommen und habe mit Betrübnis festgestellt, daß er so kurz ist.

Ja, das Maifest in Berlin und in Moskau sind sehr verschieden.

Nun wollen wir das Beschreiben von Menschen und Gegebenheiten fortsetzen. Ich will erzählen (und Dich fragen) von der Bauernschaft. Wie lebt der Bauer in der UdSSR und wie lebt der Bauer in Deutschland? Zunächst: 60 Prozent (gegen zwei Drittel) der Bauern in der UdSSR leben in Kollektivwirtschaften (Kolkhos). Die Gruppen der Bauern (5, 10, 100 Familien, egal wie viele), entscheiden, arbeiten zusammen, gemeinsam. Das bäuerliche Inventar, wie Pflüge, Eggen usw., aber auch Pferde, Riemenzeug, Saatförner, der Boden, alles wird gemeinsam benutzt auf dem gemeinsamen Boden. Die Ernte teilen sie so, daß der, der viel arbeitete, auch viel bekommt. Die Kollektivwirtschaftler leben in ihren Häusern.

Warum gehen die Bauern nun in die Kollektivwirtschaften?

1. Die 5, 10, 30 und mehr Familien sind zusammen natürlich mächtiger, als eine einzelne Familie für sich. Zusammenarbeiten heißt besser, schneller, froher, produktiver.

Zusammen das Bauerninventar haben, ist gleichfalls besser, billiger, produktiver, vorteilhafter.

2. Die Saatfläche ist größer als früher, die Feldraine fallen fort. Bei der individuellen Bauernwirtschaft trennt der Bauer seinen Boden von dem anderen Bauern durch einen unbebauten Landstreifen, den Feldrain.

In der Kollektivwirtschaft gibt es keine Feldraine mehr, der Boden ist Gemeingut. Allein auf diese Weise gibt es Tausende von Hektar neuen Boden.

3. In der Kollektivwirtschaft gibt es kein entfernt liegendes Ackerland für den Einzelnen. Da gibt es keine weiten, stundenlangen Wege bis zum Arbeitsplatz, Umwege um das Gelände der Nachbarn, oft bis zu 10 Kilometer. Die Kollektivwirtschaft hat ein Gemeingelände. Da lassen sich Pferde und Bauerngerät viel besser ausnutzen und außerdem lassen sich viel leichter moderne Hilfsmittel, wie Traktoren und Kombinen, anschaffen.

In der kleinen, individuellen Wirtschaft, mit ihrem kleinen Gelände, ist die Auswertung von Traktoren unmöglich. In der Kollektivwirtschaft sind die Traktoren die gewöhnliche Erscheinung. Wir haben jetzt auch in der UdSSR eine starke Traktorenherzeugung.

Unser Sanatorium ist noch nicht ganz ausgestattet. Alles wird hier umgebaut und aufgebaut. Es ist ein angenehmes Gefühl, daß es mit jedem Jahr besser und besser wird.

Ich erwarte Deinen Brief.

Mit Grüßen

B. Gramin.

## 6 Todesopfer eines Kraftwagenglücks

M. Basel, 11. Juli. Am Sonntag fuhr ein mit sechs Personen besetzter, von dem Kaufmann Darbelen geleiteter Kraftwagen durch das Val d'Annabiers im Kanton Wallis hinauf nach Visp, wo die Kinder Darbelens in den Ferien weilen. Plötzlich glitt der Wagen von der anscheinend schlüpfrigen Straße ab und stürzte in die tiefe Schlucht. Fünf Personen waren auf der Stelle tot, die sechste erlag kurz darauf ihren Verletzungen.

## Eisenbahnunglück in Lemberg

M. Warschau, 11. Juli. Auf einem Vorstadt-Bahnhof in Lemberg entgleiste ein Wagen des Personenzuges aus Cofel und stürzte vom Bahndamm herab. Acht Personen trugen zum Teil schwere Verletzungen davon.

## Mord an einer Vierzehnjährigen

Kiedlinghausen, 11. Juli. In der Sigandstraße in Suderwich wurde am Sonntagmorgen im Haus ihrer Schwester die 14jährige Franziska Thomassen ermordet aufgefunden. Als der Tat dringend verdächtig wurde ein im gleichen Haus wohnender 64jähriger Mann in angetrunkenem Zustand auf dem Friedhof verhaftet. Obwohl in der Wohnung des Verhafteten in einem Koffer ein blutbesudeltes Messer und ein blutiges Handtuch gefunden wurde, leugnet er die Tat ganz entschieden.

## 20 Tote

### bei einem Eisenbahnunglück in der Türkei

Istanbul, 11. Juli. Bei einem schweren Eisenbahnunglück zwischen den Ortschaften Yenikil und Polatly an der Angora-Linie wurden 20 Personen getötet und 16 schwer verwundet. Das Unglück ereignete sich am Sonnabend, als ein Personenzug in voller Fahrt entgleiste. Mehrere Wagen schoben sich völlig ineinander. Die Rettungsarbeiten wurden sofort aufgenommen.

## Zwölf Schwerverletzte bei einem Kraftwagenzusammenstoß

M. Paris, 11. Juli. Im Zentrum von Lyon ereignete sich am Sonnabend ein schwerer Kraftwagenunfall, bei dem 12 Personen schwer verletzt wurden. Eine Autotaxe rief in voller Fahrt mit einem Personenzug zusammen, in dem 7 Personen saßen. Beide Wagen gingen vollkommen in Trümmer; die Insassen erlitten größtenteils Knochenbrüche.

## Du hast sie immer noch nicht! —

die neue „Internationale“? Nun wird's aber Zeit, daß Du den Artikel von Ernst Thälmann liest: „Zu unserer Strategie und Taktik im Kampfe gegen den Faschismus“. Preis 20 Pfennig.

## Englischer Fischdampfer gerammt

### Bier Matrosen ertrunken

London, 11. Juli. In der Nacht zum Sonntag wurde der englische Fischdampfer „Mary Evelyn“ in der Carmarthen-Bucht in Wales von dem 1200-Tonnen-Dampfer „Sterries“ gerammt. Die „Mary Evelyn“ sank sofort. Vier Mann der Besatzung ertranken, während die übrigen fünf von dem Dampfer „Sterries“ und einem anderen zu Hilfe geeilten Schiff gerettet werden konnten.

# „Zucht und Ordnung“

## Arbeitsdienstpflicht / Das große Zuchthaus „3. Reich“ / Rebellion im Arbeitsdienstlager Heilsberg

Arbeitsdienstpflicht — so verkünden die Nazis — werde alle Probleme lösen, werde der Arbeiterschaft Arbeit und Brot bringen. Die Stadt Koburg ist im glücklichen Besitz eines Nagelbürgermeisters, des Herrn Schwede. Herr Schwede ist in Koburg bereits daran gegangen, eine Arbeitsdienstpflicht einzurichten, also sozusagen das „Dritte Reich“ zu verwirklichen. Wie ist diese Arbeitsdienstpflicht beschaffen? Darüber lassen wir Herrn Schwede selbst sprechen. In einem Vortrag erklärte Herr Schwede in Berlin wörtlich folgendes:

„Wir wollen die Jugendlichen aber nicht nur arbeiten lassen, sondern sie auch an Zucht und Ordnung gewöhnen. Daher geht es mit militärischer Zucht und Ordnung zu. Gearbeitet wird in Trupps, wie überhaupt alles immer in geschlossenen Abteilungen ausgeführt wird. Urlaub wird auf Antrag gegeben, ausnahmsweise sogar bis zum Wecken. (!) Urlaubsüberschreitung einmal: Verweis — zweimal: Entzug des Urlaubs auf bestimmte Zeit bzw. Verbot, ein gewisses Gebiet um das Lager herum zu überschreiten — dreimal: Entfernung aus dem Lager. Am Eingang zum Lager ist eine Wachtstube, in der bei Rückkehr der Urlaubsschein abgegeben werden muß. Für die Stunde bekommt der Arbeitsdiensttuende täglich 30 Pfennig. Braucht er Kleidung, muß der Lagerführer einen Bedarfsschein nach gründlicher Prüfung der Notwendigkeit der Anschaffung ausstellen, mit dem der Käufer in ein vertragsmäßig verpflichtetes Geschäft geht, um dort gegen Abgabe des Scheins zu kaufen. Die Firma hat den Schein mit Rechnung an die Stadtverwaltung einzureichen, worauf der Betrag von dem Sparkassenguthaben des Käufers abgebucht wird. Jüdische Geschäfte sind natürlich von der Belieferung ausgeschlossen. Für die Verpflanzung werden täglich jedem Arbeiter 1,25 Mark abgezogen, so daß er etwa wöchentlich 6 bis 8 Mark gutgeschrieben erhält.“

Parade findet alle vier Wochen statt. Zu dem

## Hochwasser in Südbayern

München, 11. Juli. Die heftigen Regengüsse der letzten Tage haben in verschiedenen Gegenden in Südbayern wieder schwere Schäden angerichtet. Bereits am Sonnabend waren auf dem bayerischen Allgäu in der Gegend von Kempten und Memmingen schwere lokale Überschwemmungen infolge des mehr als 30stündigen Dauerregens gemeldet worden. In Bad Kölz drangen im Stadtteil Gries die Wassermengen in die Häuser ein. Das Wasser stand streichweise bis zu einem Meter hoch in den Wohnungen, so daß die Häuser da und dort von den Bewohnern geräumt werden mußten. Die zu reichenden Strömen gewordenen kleinen Bäche rissen große Mengen Bretter, meterhohes Erdreich usw., fort. Da die Wasserflut bei Nacht ausbrach, wurde der Schrecken der betroffenen Einwohnerschaft noch erheblich gesteigert.

M. München, 11. Juli. Im bayerischen Allgäu sind infolge des Hochwassers zahlreiche Bahnlagen behindert. Die Voralpahn-Aktiengesellschaft in München teilt mit, daß die Nebenbahnstrecke Biessenhofen-Markt—Oberdorf-Füssen bei Ebenhofen und Leutersbach unterbrochen ist. Der Eisenbahnverkehr wird nur zwischen Leutersbach und Füssen aufrechterhalten. Dagegen wird zwischen Leutersbach-Markt—Oberdorf-Ebenhofen und Kaufbeuren der Anschlusspersonenverkehr durch Kraftpostwagen vermittelt. Man rechnet mit einer dreitägigen Dauer der Wiederherstellungsarbeiten am Bahnkörper.

## Dammbruch an der Wertach

M. Augsburg, 11. Juli. In der Nacht zum Montag ist der Wertach-Damm zwischen Innungen und Göggingen unter dem Druck der hochgehenden Wassermassen der Wertach gebrochen. Göggingen steht bis zum Rathaus unter Wasser. Die Bewohner müssen zum Teil mit Rähnen durch die Fenster gerettet werden. Die Flut steigt noch immer und übertrifft die vom Jahre 1910 bereits beträchtlich.

## Australischer Dampfer gesunken

### Zehn Tote

Melbourne, 10. Juli. Der australische 425-Tonnen-Rüsten-Dampfer „Casino“ ist in einem schweren Sturm in der Apollobucht, im Staate Victoria, gesunken. Zehn Personen sind dabei ertrunken.

## Schlagwetterexplosion in einer Schwefelgrube

Rom, 11. Juli. In der Schwefelgrube bei Fabriano wurden bei einer Schlagwetterexplosion zwei Arbeiter getötet. Der Vater eines der Opfer war vor einigen Jahren auf ähnliche Weise in der Grube ums Leben gekommen. Zahlreiche Personen wurden schwer verwundet.

## Ein schwimmender Friedhof

Bukarest, 11. Juli. In einer Ortschaft in der Moldau hat der Fluß Sered den Ortsfriedhof überflutet, die Gräber unterwaschen und die Särge und Leichen mitgerissen.

## Die Weltflieger in Moskau

Die beiden amerikanischen Flieger Mattern und Griffin, deren Weltflug in der Nähe von Kinsk ein vorzeitiges Ende fand, trafen jetzt in Moskau ein, wo sie die noch gut erhaltenen Teile ihres Flugzeuges nach Amerika verladen. Sie erklärten, im nächsten Jahre den Rekordflug wiederholen zu wollen.

## Tödlicher Absturz im Wilden Kaiser

M. München, 11. Juli. Im Wilden Kaiser stürzte am Sonntag nach dem Abstieg vom Scheffauer der ledige Schreiner Leonhard Stoppel aus München etwa 15 Meter ab und blieb mit schweren Kopfverletzungen liegen. Er wurde nach dem Krankenhaus Ruffstein gebracht, wo er Montag früh gestorben ist.

gemeinsamen Kirchgang, der alle vierzehn Tage stattfindet, wird ebenfalls geschlossen marschiert. Wir werden weiter so fortfahren in der Gewißheit, daß vieles von dem, was wir bereits praktisch durchgeführt haben, in gesetzlicher Form bald allgemein eingeführt wird, dann aber nicht als freiwillige, sondern als allgemeinverbindliche Arbeitsdienstpflicht.“

Hauptfrage ist hier also „Zucht und Ordnung“. Eine kleine Verpflanzung bedingt den Entzug des Urlaubs oder gar Kasernierung. Ausbezahlt erhält man nur 30 Pfennig den Tag, Kleider nur mit Zustimmung des Kommandanten.

Dafür aber — o welche Freude! — jede vierte Woche Parade und zweiwöchentlich Antritt zum gemeinsamen Kirchenbesuch. Im großen und ganzen: ein unerträgliches Zuchthaus.

Wie die Arbeiter darauf reagieren, beweist das Beispiel von Heilsberg. Hier waren 350 Arbeiter im „freiwilligen“ Arbeitsdienstlager untergebracht. Jungarbeiter, zermürbt von dauernder Arbeitslosigkeit, von Hunger und Not, glaubten im freiwilligen Arbeitsdienst einen Ausweg zu finden. Die Zustände dort sind aber berät unerträglich, daß die dort anwesenden Arbeiter rebellierten und das Lagerkommando laut der Meldung des „Mittlichen Telegraphen“ 80 Arbeiter entfernte. Die Nahrung, die die Arbeiter für einen Tag schwerer Arbeit erhielten, bestand aus einigen Scheiben trockenen Brotes und einer Schale Kartoffelsuppe, die ungenießbar war.

Nun soll aus dem freiwilligen Arbeitsdienst eine gesetzliche Dienstpflicht werden, soll nach dem Streben Hitlers — und schon wird von der Papen-Regierung ein solches Gesetz ausgearbeitet — die gesamte Arbeiterschaft in dieses Zuchthausystem gepreßt werden...

# Die unmenschlichen Nazi-Bluttaten in Ohlau und Brieg

**Breslau.** Wir haben gestern bereits über die blutigen Strafexpeditionen, die die bewaffneten Horden der Nazis in ganz Schlesien in der Nacht vom Sonntag zum Montag durchgeführt haben, berichtet. Die SA. und SS., die mit etwa 4000 Mann in Brieg am Sonntag aufmarschiert war und dort bereits blutige Ueberfälle auf die Arbeiterkassen gemacht hatte, hat in Ohlau ein Blutbad schlimmster Art in Szene gesetzt, worüber uns inzwischen weitere Einzelheiten berichtet wurden.

Bereits am Sonnabendabend marschierte die SA. und SS. in Brieg auf und provozierte die dortige Arbeiterkassen. Die Arbeiter, die sich zu GegenDemonstrationen zusammenschlossen, brachten in Sprechhöfen zum Ausdruck, daß sie keineswegs gewillt sind, sich von den aufgekochten blutrünstigen SA.-Banditen terrorisieren zu lassen. Hier fanden die Nazis die Unterstützung der Polizei, die auf die zur Abwehr bereiten Arbeiter und auf ahnungslose Passanten, die vom Schützenrummel kamen, einprügelten und regelrechte Jagd machten.

## Am Sonntag steigerten sich die Provokationen zu blutigen Angriffen.

Die SA.-Banditen ließen jeden Arbeiter, ganz gleich, ob mit den drei Weilen der Eisernen Front, dem antifaschistischen Kampfabzeichen oder irgend einer Arbeiterorganisation Angehörigen anrissen ihnen die Abzeichen ab und schlugen auf sie mit Schulterriegeln, Gummiknüppeln und Totschlägern ein. Oftmals zogen die SA.-Leute bereits Schusswaffen. Selbst auf Polizeibeamte wurde eingeschlagen, so daß sie mit der Pistole in der Hand gegen die SA. vorgehen mußte.

Am Sonntagabend in der Zeit von 18.30 Uhr hatten sich am Neumarkt circa 15 Arbeiter versammelt, welche nach dem „Wintergarten“ gehen wollten, wo der Genosse Dettlinghaus in einer öffentlichen Versammlung sprechen sollte. Plötzlich rückte von zwei Seiten die SA. und SS. in Trupps von circa 80 Mann heran und prügelte mit Stabritzen, Gummiknüppeln und Totschlägern auf die Arbeiter ein. Im Nu entstand eine regelrechte Menschenjagd. Im selben Augenblick kam ein Motorradfahrer, dessen Beifahrer plötzlich absprang und einen Arbeiter im schwarzen Hemd zu Boden schlug. Als sich daraufhin die Arbeiter auf die SA.-Reihe stürzten, zog der Motorradfahrer die Pistole aus der Tasche. Inzwischen wurden drei Arbeiter bei diesem Ueberfall angeschossen und eine Reihe weiterer Arbeiter durch Schlagwaffen schwer verwundet, so daß einige ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

## Die Straßenschlacht der System-Armee in Ohlau

Nachdem die SA. am Sonntagabend auf Lastwagen Brieg verlassen hatte, setzten sie ihre Strafexpedition in Ohlau fort. Auch hier begann es mit dem Abreißen der Abzeichen, sie überfielen am Ring den Arbeiter Kasse und hielten ihn nieder. Die Arbeiter sahen dem nicht tatenlos zu, sondern brachten den ersten Lastwagen, von dem die bereits zum Angriff übergegangenen Nazis entließen waren, zum Stehen. Da jedoch in kurzer Zeit circa fünf vollbeladene Naziautos angekommen waren, mußten sich die Arbeiter zurückziehen. In dem Augenblick kamen die Reichsbannerproleten, die von einem Kreisstreifen aus Ostschlesien kamen, an. Aber auch sie vermochten nicht den angreifenden SA.- und SS.-Banditen handzuhalten. Eine Straßenschlacht schlimmster Art entspann sich in der August-Reiger-Straße und am Schloßplatz, am Ring, am Steinbamm, in der Garten- und der Strehleiner Straße. Immer wieder rückten neue SA.-Trupps an, und der Terror der Nazibanditen wurde unterstützt durch das Eingreifen der Reichswehr. In gemeinsamer Schützenlinie standen Schutzbeamte und Nazis und schossen auf die Arbeiter.

Mit Mordwerkzeugen aller Art, von Faustlatten mit Nägeln bis zu Revolvern ging die SA. gegen die Arbeiterkassen vor. Munnungslos durch die Straßen gehende und an den Türen sitzende Arbeiter und Frauen wurden bestialisch niedergedrückt. Bis in die Wohnungen drang man hinter den fliehenden Arbeitern nach.

Vier Tote und circa 40 Verletzte, unter ihnen ein großer Teil Schwerverletzte, wurden bis am gestrigen Nachmittag festgestellt. Ein Teil der Verletzten wurde durch unseren nach dort entsandten Berichterstatter mit dem Photoapparat auf der Platte festgehalten.

## Die bestialischen Mordtaten der System-Armee

Wie die Hitler-Horden hausten, geht daraus hervor, daß sie eine ahnungslose Arbeiterfrau, welche vor der Tür ihren Gehrn erwartete, anfielen. Die Frau wurde bis in ihre Wohnung gedrängt, und nach dem Schließen der Tür feuerten die Banditen fünf Schuß durch die Tür, wovon ein Schuß der Frau in die linke Brust gieng, vier weitere Schüsse trafen eine in der Wohnung mit anwesende Frau in die Beine. Auf die vierjährige Waise wurde der Gewerkschaftssekretär Mache mißhandelt. Hoffnungslos mußte er ins Krankenhaus transportiert werden. Am Friedrichsplatz stürmten die rasenden Bestien in die Wohnung einer 75jährigen Frau, terrorisierten sie und warfen sie auf die Straße. Ein Reichsbannerprolet, seit 1926 der Organisation angehörend, liegt mit vier bis sechs Wunden im Kopf darnieder. Trotz seiner schweren Verwundung — er kann kaum aus den Augen sehen — ist sein Mut ungebrochen, und bei unserem Besuch bringt er zum Ausdruck, daß er nur einen Wunsch hat, noch den Tag zu erleben, wo in einheitlicher geschlossener Front die Arbeiterkassen den bestialischen braunen Mordgeiellen der System-Armee Adolf Hitlers die Dichtung für ihre unmenschlichen Blutthaten geben wird. So wie die angeführten Opfer liegen sehr viele in Ohlau und gedenken der Blutnacht vom Sonntag zu Montag.

## SA. rüstet zu neuen Mordtaten

Während unser Berichterstatter einen Teil der Opfer der SA. aufsuchte, wagten es in den Straßen Ohlaus erneut die braunen Mordgeiellen, sich zu sammeln, um mit Lastautos nach Breslau zur neuen Strafexpedition zu fahren. Auf Lastwagen von der Firma

Die Arbeiter flüchteten in die Häuser. Die SA. drang nach und jagte mit ihren Mordinstrumenten die Arbeiter bis auf die Höfen der Häuser. Die Polizei war gegen diese regelrechte Straßenschlacht machtlos.

In musterbildiger Disziplin versammelten sich nachträglich die Arbeiter zur Demonstration nach dem „Wintergarten“, in einheitlicher Front marschierten Reichsbanner, Eisernen Front-Proleten mit den KPD- und SAP-Leuten in die Versammlung, in welcher der Genosse Dettlinghaus eine wichtige Anklage gegen den Nazifaschismus hielt. Dasselbe erklärte ein Reichsbannerprolet:

„Nun ist's aber Schluß mit der Geduld. Noch heute erkläre ich meinen Austritt aus dem Reichsbanner und meinen Eintritt zur KPD.“

Die SPD., die am Sonnabendnachmittag ein Flugblatt zur Verteilung gebracht hatte, in welchem nicht mit einer Silbe auf die große Gefahr des SA.- und SS.-Aufmarsches hingewiesen wurde, hatte wenige Tage zuvor ihre Mitgliedschaft aufgefordert, am Sonntag ins Grüne zu gehen und die Straße zu meiden. Pieteres hatte den Arbeitern eingeredet, daß die Polizei für genügenden Schutz der Arbeiterkassen Sorge tragen wird. Sie ist es, die damit der SA. die Straße freigegeben hat und die Blutarbeit der Nazis erleichtern half.

## Die Ueberfälle auf die Brieger und Ohlauer Arbeiterkassen waren systematisch vorbereitet.

Die Ueberfälle auf die Arbeiterkassen waren längst geplant und das Blutgemetzel in Ohlau vorbereitet. Das ging aus den Reden der Nazis hervor, die bereits am Sonnabend beim Anrücken des Polizeiuferfallwagens erklärten: „Wir brauchen keine Ueberfallwagen, wir machen uns unsere Ueberfälle allein.“ Und sie haben sie gemacht, davon kann die Brieger und insbesondere die Ohlauer Arbeiterkassen erzählen. Noch am Montagmorgen provozierten die Nazis die Erwerbslosen am Brieger Arbeitsamt, wofür sie jedoch ihre wohlverdiente Abreibung erhielten.

Die kommunistische Partei hatte für Mittwochabend eine Protestkundgebung angemeldet, die am Montagmittag bereits polizeilich genehmigt war, jedoch am Abend hatte die Polizei dieselbe bereits schon wieder verboten. Auf den ungeheuren Naziterror und auf die Blutarbeit der SA. und SS. und die Polizeimethoden muß die Arbeiterkassen in einheitlicher Kampfroutine mit dem Protektorkreis antworten.

Georg Probst, Dampfsteiger in Jedlis-Ohlau, und dem Lastwagen mit Anhänger der Firma Krißke-Brieg fuhren die Ohlauer und Brieger Hitlerischen Entenarmeen nach Breslau.

In der Nacht vom Sonntag zu Montag hauste die SA. wie die Vandalen in Ohlau. Ohne Unterschied der partei- und gewerkschaftlichen Zugehörigkeit wurden die Arbeiter, die einen heldenhaften Abwehrkampf gegen die Terrorbanden führten, von der braunen Uebermacht zurückgeschlagen. Jänne wurden von den Nazibanditen auseinandergerissen, und mit den Faustlatten schlugen sie auf die Arbeiterkassen ein. Am Montagmittag hand der von der Arbeiterkassen zum Stehen gebrachte Lastwagen, der die Firma Teutonium Dürr-Reusch bei Breslau trägt, nach auf der Straße. Auf ihm befand sich noch ein großer Haufen Holzheine, ebenso mit Nägeln versehene Faustlatten. Das sind die Waffen, die nachträglich noch sichtbar waren. Mit ihren Dolchen, Revolvern und Zeitengewehren

## Massen heraus

zur Kampfdemonstration am Freitag, dem 15. Juli, in den Zirkus Busch

## zu Wilhelm Pieck

Antreten um 18.00 Uhr. West: Striegauer Platz; Nord: Weizenburger Platz; Nordost: Hirsch-, Gde Bodstraße; Süd: Friedrichsplatz; Ost: Brodauer Platz; Zentrum: Neumarkt.

## Antifaschisten!

Am 31. Juli:

## Nur Liste 3: Kommunisten!

Sonntag, den 24., ist freizuhalten!

„Du sag amal, wieso denn? Was ist 'n da los?“  
„Doch du am Sonntag frei?“  
„Ja, natürlich, aber wieso?“  
„Ich hab dich bloß gefragt, ob de frei hast.“  
„Sag amal, du bist woll von der Papen-Regierung?“  
„?????“  
„Weil de so hier Stillhalteabkommen und geheimnisvolle, nicht folgende Phrasen bist.“  
„Also am Sonntag mußte dafür sorgen, daß alle deine Bekannten mit dir dorthin kommen tun.“  
„Wohin denn?“  
„Ich sage bloß 20 000. Ich sage bloß internationales Fußballspiel: Braunau, Tschechoslowakei gegen Breslau, Fanal-Cl. Aber das is bloß eine Routine aus dem Auchen.“  
„Du bin ich aber neugierig. Da geh ich, aber was gibt's noch?“  
„Das sag ich dir morgen.“  
„Tätscher Kerle.“  
„Morgen.“

waren sie bereits verschwunden. Und dort wo ihre Mordwerkzeuge gegen die Arbeiterkassen nicht ausreichten, da wurden sie durch die Maschinenpistolen und Karabiner der Schupo und der Reichswehr ergänzt.

Bis am gestrigen Nachmittag war keinem der braunen Mordbanditen irgendwie durch den demokratischen Staatsapparat ein Därfchen getrümmt worden; aber dafür hat man um so mehr Arbeiterfunktionäre, unter ihnen den Landarbeitersekretär Strulich, den Reichsbannerführer Donjok und den SPD.-Stadtvorordneten Kallner und noch andere, verhaftet.

## Organisiert den Protektorkreis gegen den Mordterror der Nazis!

Die sozialdemokratischen und Reichsbanner-Arbeiter werden am Sonnabend, Sonntag und in der Nacht zum Montag festgesetzt haben, daß man unter den Karolen ihrer Führer „Geht ins Grüne! Meidet die Straße“ usw. nicht gegen die Hitlerische Bürgerkriegsarmee kämpfen kann. Die Kollegen der Eisernen Front und der Gewerkschaften werden aus den blutigen Vorgängen in Ohlau und Brieg, die sich auch am selben Tag in ganz Deutschland abgespielt haben, erkennen müssen, daß man auf diese Art den SA. und SS.-Mordterror nicht brechen kann, sondern daß das Befolgen dieser Karolen geradezu Selbstmord für die Arbeiterkassen bedeutet. Was bedeutet der Aufruf der SPD. in der „Volksmacht“ vom gestrigen Tage, wo es heißt: „Verlangt den Schutz der Behörden, die dazu da sind, das Leben des Staatsbürgers zu schützen“, und dann geht es weiter: „Erwartet gegen die Angreifer Anzeige.“ Das ist blutige Ironie, wenn der Vater, der Sohn oder selbst die 75jährige Mutter zum Krüppel geschlagen oder geschossen oder wie die Arbeiterfunktionäre eingesperrt wurden.

Keine Stunde länger, darj die Arbeiterkassen diesen nichtsagenden demagogischen SPD.-Karolen folgen, sie muß sich zum wehrhaften Massenkampf gegen das braune Mordgesindel in der Front der Antifaschistischen Aktion zusammenschließen und den rücksichtslosesten Kampf gegen alle Feinde der Arbeiterklasse führen.

Bildet im Betrieb, an der Stempelstelle, im Wohngebiet, allüberall den roten Massenfechtklub und löst in den Betrieben den Protektorkreis gegen den Nazifaschismus aus!

## Sendemik und Genossen wird vor der Antifaschistischen Aktion bange

Am Sonnabend sprach Sendemik im mäßig beleuchteten Schießwerder und bedauerte, daß trotz der verschärften Situation noch immer kein Zusammenschluß der KPD, SAP und SPD. erfolgt sei. Seine Ausführungen waren furchtbar allgemein und gingen ins Phrasenhafte.

Als Genosse Feder sich zu Wort meldete, wurde er schon mit Gröhlen und Johlen empfangen, ein Beweis dafür, daß Provokationen geplant waren, und bis am Schluß seiner Rede wurde er ständig unterbrochen. Genosse B. betonte, daß man mit Severing, Grzebrski, Kasse usw. keine Einheitsfront und keinen Bloß schließen kann. Dann zeigte er die Rolle der Gewerkschaftsführer ohne Unterschied, ob SPD. oder SAP. Hier zeigte er das Verhalten Zieglers beim Streik der Linke-Hofmann-Arbeiter.

Zur Frage der Einheitsfront sprach er ausführlich und betonte ganz besonders, daß sich die Einheitsfront des Proletariats nur im Kampfe gegen Faschismus, Notverordnungsdictatur, Lohn- und Unterdrückungsraub bilden kann. In diesem Kampfe, der gemeinsam von den Arbeitern ohne Unterschied der Parteien geführt wird, darf es keinen Burgfrieden, keine Blockpolitik mit den Führern der SPD. und des ADGB. geben. Das Gebot der Stunde lautet: selbständige Kampforganisation und Führung, und dies ist die Aufgabe der KPD., und das bezeichnen die Führer der SAP. als „Verbrechen“.

Sogleich während dieser Ausführungen immer wieder bewußte Kadanzionen imigiert wurden, zeigte es sich am Schluß, daß ein ganzer Teil der Anwesenden mit den Ausführungen des Genossen B. einverstanden waren. Nach ihm sprach Kirslein, welcher das Nichtzustandekommen der gemeinsamen Reichskasse bedauerte. Zur Frage des Massenfechtklubs erklärte er: Die Kommunisten wollen uns bloß zur Arbeit anspannen.“ Welch ein Uninn, als ob nicht der Massenfechtklub seit seinem Bestehen nur im Dienste der gesamten Arbeiterkassen gestanden hätte. Zum Streikbeischluß der Betriebskonferenz, d. h. also zum praktischen Kampf gegen Notverordnungsdictatur, sagte Kirslein nicht ein Wort.

Im Schlußwort veränderte Kirslein seinen letzten Trumpf auszuwählen, sprach von den „unwürdigen Streikparolen der KPD.“, der „Sabotage“ des Beschlusses der Betriebskonferenz hinsichtlich der gemeinsamen Reichskasse, von der „Verniertheit der KPD.-Zentrale“ usw. Mit angehen haben es Sendemik die früheren Reichswehr-offiziere, wie Scheringer usw., die jetzt zur roten Klassenfront gekommen sind. Um so mehr machte er aber anschließend in Phrasen, daß sie ein KPD.-Verbot und den Krieg gegen die Sowjetunion verhindern werden.

Die Versammlung hätte keinen Abichluß gehabt, wenn nicht C. Kirslein, der einer Reihe parteiloser Arbeiter nicht das Wort zur Diskussion gegeben hatte, die „Erkennberechtigung“ der SAP. begründet hätte, die darin liegen soll, daß nur sie (SAP.) den Naziterror abgewehrt hätten. Hier kommt der Zweck dieser Partei deutlich in Erscheinung.

Die Forderung des Naziterrors in Breslau ist einzig und allein das Verbot der gesamten revolutionären Breslauer Arbeiterkassen. Die KPD. wird nach wie vor alle ihre Kräfte nur in den Dienst der Beizung des Proletariats stellen. Und die Antifaschistische Aktion ist das nächste Kettenglied unserer revolutionären Politik, ist die Form, in der wir die Einheitsfrontpolitik von unten auf der Basis der Betriebe, der Stempelstellen, der Arbeiterdortel in breiterer Weise zur Anwendung bringen.

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Rudolf Ortner in Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Zentrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Gollam, Breslau. — Verlag und Druck: Schleifste Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 84.

# Wählerlisten müssen bis spätestens Sonntag, den 17. Juli ein-gesehen werden!

# Rote Einheitsfront bricht Faschistenterror

## Nazi-Überfall auf das SAJ-Lager in Schmiedeberg

(Arbeiterkorrespondenz)

Schmiedeberg. Die Schmiedeberger Arbeiterschaft hat in den letzten Tagen und Wochen in roter Einheitsfront von SPD, CPD, parteilosen Arbeitern und Mittelständlern durch wichtige Versammlungen und Demonstrationen gezeigt, daß sie gewillt ist, den Kampf gegen Faschismus und Notverordnungspolitik der Bourgeoisie zu führen. Die Nazis wurden an diesen Massenkundgebungen zur Genüge als die Schmutzbande der bürgerlichen Klasse entlarvt. Zur Verhinderung der sich bildenden breiten Einheitsfront gegen Notverordnungspolitik setzte die Bourgeoisie ihre Schutztruppe, die Nazimordbanditen, mit einem vorbereiteten, organisierten Überfall auf die Schmiedeberger Arbeiter ein. Schon am Freitagmorgen um 10 Uhr zogen die Nazis aus aller Gegend ihre SA zusammen. Wie immer provozierten diese Mordbanditen vorher die Arbeiter, um eine Handhabe zur Durchführung dieses Überfalls zu finden. So kam es gegen Abend zum Zusammenstoß zwischen Reichsbannerarbeitern und Nazis auf der Dirschberger Straße, wo einige Reichsbannerarbeiter verletzt wurden. Die Nazis riegelten dann mit der auswärtigen SA die ganze Niederstadt und insbesondere das Arbeitsniederstättlager der SAJ ab.

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht des Überfalls der Nazis in der ganzen Stadt. Dies zeigte die Wichtigkeit der Bildung des roten Massenelbstschutzes. In wenigen Minuten waren Tausende Arbeiter alarmiert (kommunistische, sozialdemokratische und parteilose) und eilten geschlossen den im Arbeitslager der SAJ beherbergten Jungarbeitern zu Hilfe. Da die Nazis alle Ausgangspunkte abgeriegelt hatten, die Arbeiter aber Durchgang verlangten, kam es zu dem von den Nazis vorbereiteten Überfall auf die Arbeiter. Der Befehl zum Einmarsch wurde vom Nazi-Polizeibeamten Ludwig gegeben, hierauf gab der SAJ-

folgt, die z. B. beim Naziüberfall auf das „Vorwärts“-Gebäude in Berlin erklärte: „Wir brauchen keine kommunistischen Arbeiter zum Schutz, wir schützen unser Eigentum selbst.“

Wenn es uns gelingt, in ganz Deutschland alle antifaschistischen Massengenossen im Massenelbstschutz zur roten Einheitsfront zu formieren, dann wird im gemeinsamen Kampf die faschistische Brut den Todesstoß erhalten.

Auf Grund dieser Zusammenstöße sind für den Dirschberger Kreis sämtliche Demonstrationen und Versammlungen, auch im Saale, auf vierzehn Tage verboten worden.

## Wieder 56 Bergarbeiter entlassen

Waldenburg. Auf dem Hans-Geinrich-Schacht erhielten am 2. Juli 14 Kameraden die Kündigung. Auf der David-Grube am 23. Juni 17 und am 8. Juli 25 Kameraden.

Entlassungen trotz Bierhausplan. Die Grubengewaltigen rationalisieren immer mehr Kumpel auf Straßenpflaster. Wettrüßarbeiter, kämpft gemeinsam mit den Erwerbslosen, zu denen ihr in den nächsten Tagen ebenfalls gehören könnt, gegen das kapitalistische System.

## Lohnräuber Zendeubusch vom Julius-Schacht

(Bergarbeiterkorrespondenz)

Waldenburg. Den Kumpels der 13. Abteilung, die bei den Aufräumungsarbeiten des im April zu Bruche gegangenen Pfeilers beschäftigt sind, wurde im vorigen Monat der Durchschnittslohn des Kohlenkumpels im 22. Flöz verbrochen. Nachdem die Kumpels unter unzulässigen Mühen einhundert und mehr Meter aufgewältigt und verschiedenes verbrochenes Material, wie Abbaumäher und Rutschbleche haben, glaubte der Abteilungssteiger es verantworten zu können, den Kameraden eine Prämie von 20 Pfennig pro Schicht

## Jungarbeiter!

„Wenn ihr nicht wollt, so lassen wir die Arbeitsdienster die Arbeiten machen!“ Das sagen die Unternehmer jenen Arbeitern, die für ihre Arbeit Tariflohn verlangen.

## Arbeitsdienst heißt Lohndrückerell

Arbeitsdienst heißt aber auch Streikbruch! Jungarbeiter! Seht euch dagegen zur Wehr! Kämpft in der Antifaschistischen Aktion für Befreiung des Arbeitsdienstes! Kämpft für Arbeit und Brot! Kämpft für Sowjetdeutschland! Klassenkampf, das ist unsere Parole! Befreiung der Jugend! Sozialismus, das ist das Ziel! Dafür kämpfe mit den Jungkommunisten! Her zum kommunistischen Jugendverband Deutschlands!

zuzuschreiben. Die Rechnung war aber ohne den Lohnräuber gemacht. Fahrsteiger Zendeubusch ist der Meinung, daß der Durchschnittslohn von 5,68 Mark für die Existenz des Kumpels genügt.

Kameraden der 13. Abteilung, seht diesem Menschen euren geschlossenen Widerstand entgegen. Werbet Mitglied des SWD, kämpft gegen jeden Pfennig Lohnraub und gegen den Faschismus im Betrieb!

## Die 13. Abteilung — die Knochenmühle des Julius-Schachtes

Am 1. Juli verunglückte der Schlepper Teubner im Ortsquer-schlag Ort 4 dadurch, daß er zwischen einen vollen Wagen und einen Stempel kam. Er wurde mit Oberarmverletzungen in das Lazarett eingeliefert.

Am 5. Juli verunglückte der Bauer Wittschewitsch im Strecken-vortrieb im 22. Flöz Ort 4 durch hereinbrechende Kohlenmassen, so daß W. mit schweren Hand- und Finger-Verletzungen auch ins Lazarett eingeliefert werden mußte.

## Sozialdemokratischer Amtsvorsteher läßt revolutionären Arbeiter ausweisen

Gausdorf, Kreis Waldenburg. Dem tschechoslowakischen Staatsangehörigen Franz Jabla, Wärsdorf bei Annau, wurde am 30. Juni d. J. erneut, zum dritten Male, der Ausweisungsbefehl durch den sozialdemokratischen Amtsvorsteher Hade in Annau-Zehendorf zugehändelt, mit der Aufforderung, binnen acht Tagen das tschechische Staatsgebiet zu verlassen. So wurde am Mittwoch, dem 6. Juli, Genosse Franz Jabla mit Frau und drei Kindern aus der Wohnung gesetzt. Der „Deutschlandliedfänger“ und Amtsvorsteher Hade war noch so gemein und beehrte fünf Landjäger aus der hiesigen Umgegend am Käumungstage nach seiner Wohnung. Da am Donnerstag die Familie Jabla in Begleitung des Polizeibieners Kluge von Annau nach der Grenze und von da nach dem Weimungsbort gebracht werden sollte, hatten sich eine große Zahl von Partei- und Sportgenossen eingefunden, um unserem Genossen Jabla nebst seiner Familie ein letztes „Rot Front“ entgegenzubringen. Genosse Jabla erwiderte bei Abfahrt des Zuges unseren Kampfesgruß und gelobte, auch weiterhin alle seine Kräfte einzusetzen für die revolutionäre Sache des Proletariats.

Welchen Grund hatte nun seine Ausweisung? Man suchte von Seiten der Behörden sowie auch von Seiten der Wärsdorfer und Annauer SPD, ihren viele Jahre, um etwas „Strafbares“ gegen unseren Genossen Jabla zu entdecken. Warum?

Weil Jabla ein hervorragender Führer und Agitator der revolutionären Sportbewegung war.

Vor ungefähr vier Jahren trat er mit seinen revolutionären Sportgenossen aus dem reformistischen bürgerlichen Annauer „Arbeiter-Nachfahrerverein“ aus, um in Gausdorf eine neue Ortsgruppe zu gründen, welche nun über 10 Mitglieder zugenommen hat, einschließlich der besten tschechischen Ortsgruppe Gausdorf, Mitglied der K.O.M., ferner war er früher NSD-Mitglied und eifriger Agitator für unsere Partei.

Da allgemein behauptet wird, daß der Annauer SPD-Amtsvorsteher Hade die Hauptschuld an der Ausweisung trägt, so muß jederzeit und bei jeder Gelegenheit die Niederträchtigkeit dieses Sozialdemokraten angeprangert werden. Sicher werden die SPD-Arbeiter mit dieser Handlung nicht einverstanden sein.

## Das rote Wüstegiersdorf marschiert

Wüstegiersdorf. Der Kampfausschuß der Werktätigen von Wüstegiersdorf hatte zu einer Demonstration gegen „Faschismus und Notverordnung“ am 6. Juli aufgerufen. Hierzu hatte man die SPD-, Gewerkschafts- und Reichsbannerarbeiter eingeladen. Unter dem Druck der Mitglieder sahen sich die Führer gezwungen, mitzumachen. Sie glaubten sich einen Extratanz leisten zu können und erließen im „Grenzboten“ einen Aufruf, damit die Bevölkerung glauben sollte, die Demonstration sei von ihnen ausgegangen.

Die Demonstration war eine der wichtigsten, die je die Wüstegiersdorfer Bevölkerung gesehen hat.

500 Arbeiter demonstrierten unter der Losung: „Nieder mit der Papenregierung und ihren Notverordnungen!“ — „Nieder mit dem Mordfaschismus!“ — „Krieg dem imperialistischen Kriege!“ Es sprach dann Genosse Brenzel, der aufzeigte, daß Hindenburg noch vor einigen Wochen von der SPD-Führern als „Hart gegen den Faschismus“ bezeichnet wurde. Von ihm wurde nun diese Papenregierung eingeleitet. Es ist Pflicht jeden Arbeiters, sich einzutragen in den roten Massenelbstschutz, denn nicht parlamentarischer, sondern nur außerparlamentarischer Kampf kann die Arbeiterchaft befreien. Er zeigte dann noch die ungeheure Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion auf.

## Ein katholischer Lehrer als Prügelheld

Niebau. Vor kurzem ereignete sich folgender Fall in der Schule: Ein Teil der Kinder unterhielt sich gegenseitig während der Stunde und lachte. Ohne jeden Grund drang später, auf Grund von Angaben anderer Schülerinnen, der Lehrer Wedt auf die Schülerin Röhrich ein und schlug mit dem Stock auf den Rücken derselben ein, so daß diese eine Schwielen über den ganzen Rücken in Breite von vier Zentimeter hatte, die aufgeplatzt war. Es wäre Aufgabe des Elternbeirats, hiergegen einzuschreiten und zu veranlassen, daß das Disziplinarverfahren gegen diesen Rohling eingeleitet wird, mit dem Ziel der fristlosen Entlassung ohne Gehaltsentschädigung. Die Arbeitereltern aber müssen ihre Kinder zu den Jungpionieren schicken, damit diese gemeinsam sich wehren lernen!

Sine Oubnitarenow  
Sine Giltaw-Powolai  
Sine Swisnit und Swol  
... sine die Liffa

3

Stenerführer des Kommando „Wesischlagen“. Die Nazis hatten aber nicht mit dem Kampfwillen der Arbeiter gerechnet. Am 10. wurden die Nazis zurückgeschlagen und tanzten wie die Hölzer, nachdem sie in der übertriebenen Mehrheit waren. Beschleunigt ist das Vorhalten der SA-Führer z. B. Führer Schwara, welcher von hinten die SA-Proleten in die Arbeiter tanzte, und als er der Widerstand der Arbeiter sah, als erster türmte. Obwohl er nicht die Nazis mit einem erheblichen Teil Verlester abwehrte. Ein Teil der SA-Führer an der geschlossenen Front der Arbeiter die SAJ einnehmen. Nach einiger Zeit trafen dann Landjäger und Schwara aus Dierau, Gausdorf und Waldenburg ein. Die die Nazis in Schutz nahmen und die Arbeiter erschossen.

Bei der später zur Verstärkung eintreffenden SA aus Landeshut auf zwei Lastwagen wurden eine große Zahl Wärsdorfer mit Munition, Giftkanonen, Gummiknüppel usw. beschlagnahmt.

Die kommunistischen Arbeiter haben hier erneut bewiesen, daß sie auch den roten Massenelbstschutz allen Gefahren trotz Übermacht der Faschisten zu leisten. Nur dem entschlossenen Vorgehen des Massenelbstschutzes war es hier in Schmiedeberg möglich, den Faschistenterror zu brechen.

Den Arbeitern der Arbeiterfront in Schmiedeberg erklären wir: Ihr habt aus diesem Beispiel gelernt, den Kampf in geschlossener Front zu führen. Die Abwehraktion hat uns noch viele Fehler gezeigt. Ihr müßt euch rechtlos in den roten Massenelbstschutz einreihen. So werden wir immer liegen!

Schmiedeberg muß wiederum ein Beispiel sein für alle anderen Orte. Jeder SPD-Arbeiter muß erkennen, daß es ein Verbrechen an der Arbeiterklasse ist, wenn man der Führung der SPD-

## Aus Niederschlesien

## Auch in Liegnitz wieder Nazi-Überfall

(Arbeiterkorrespondenz)

Liegnitz. Am Sonnabend, gegen 18 Uhr, wurde der parteilose Arbeiter Müller von der Burgstraße von drei Nationalsozialisten auf dem Gang überfallen, zu Boden geschlagen und am Kopfe erheblich verletzt. Müller kam vom Fliegerpark über den Gang, wo diese drei Mordbuben Fußball spielten, und als er mit ihm lächeln kam, ein paar mal mit dem Ball nach ihm warfen. Als sich Müller dieses verhat, stürzten alle drei über ihn her. Müller erkannte, daß er die drei bösen Gestalten bekommt wiedererkennen wird. Hoffentlich werden sie sich nicht wundern, wenn die Arbeiterklasse sich diese Halunken mal näher ansieht!

Die Liegnitzer Nazis sind durch den Aufruf der Führer der

## Bauerndelegation nach der UdSSR.

Das Reichsbauernkomitee hat für den Monat Oktober eine Delegation von 20 deutschen Bauern nach der Sowjetunion organisiert. Da der Bezirk Schlesien an dieser Delegation beteiligt ist, ersuchen wir die Ortsgruppen, sofort dazu Stellung zu nehmen und uns geeignete Leute vorzuschlagen, die dann auf breiterer Massenebene gewählt werden. In Frage kommen nur kleine Bauern, Stiebler oder Pächter, keinesfalls kulakenfreundliche Elemente. Alle Ortsgruppen melden ihre Vorschläge an die SAJ-Schleifen der SPD, Abteilung Land.

## Eisernen Front, beim SA-Aufmarsch am 3. Juli die Straße zu meiden, übermütig geworden.

Wir raten den SPD- und Reichsbannerarbeitern, nun endlich in einer Front mit den Kommunisten zu kämpfen, denn sonst wird man nicht nur den Fliegerpark beschließen, wie in der Nacht zum 3. und 4. Juli, und Arbeiter niederschlagen, sondern vielleicht schon am 22. Juli, wo Hitler in Liegnitz spricht, alle Arbeiterviertel zum Tatort des Kesselstreikens gegen die Liegnitzer Arbeiterschaft machen. Verhärtet den antifaschistischen Massenelbstschutz, das muß die Antwort auf den Terror der braunen Banden sein.

\* Alle Erwerbslosen, die keine Miete mehr zahlen können, sollen sich beim Kampfausschuß melden zum Empfang der Erklärungen für die Hauswirte.

## Protektresolutionen

und der Eintritt in den Mieterkuppelverein waren die üblichen Pflichten, die den werktätigen Mietern als „Kampf“ gegen Notverordnungen und Mietwucher empfohlen wurden in der Kundgebung des Liegnitzer Mieterkuppelvereins am 1. Juli. Des weiteren erklärte der Vorstand auf eine diesbezügliche Frage des Genossen Pfeisel, daß der Mieterkuppelverein ebenso vorgehen wird gegen die erwerbslosen Mieter in seinen Grundstücken, wie alle anderen Hausbesitzer es machen werden, wenn die Erwerbslosen keine Miete mehr zahlen! Also auch Ermittlung! Die Erwerbslosen werden dieses Eingekändnis zu würdigen wissen.

KAUFHAUS SCHOCKE: WALDENBURG



Küchenstühle	
trockenes Buchenholz, dauerhaft geölt	
roh, wie Abbildung, mit Sperrholz-Sitzplatte ca. 9 mm stark, mit Sitzvertiefung	2 <sup>95</sup>
derselbe Stuhl, mit ca. 1,5 mm starkem Linoleumstuhls, auf Sperrholz-Sitzplatte ca. 7 mm stark, mit Sitzvertiefung	3 <sup>45</sup>
derselbe Stuhl, leslert, mit ca. 1,5 mm starkem Linoleumstuhls, auf Sperrholz-Sitzplatte ca. 7 mm stark, mit Sitzvertiefung	3 <sup>75</sup>

52 Inseratenform geschickt